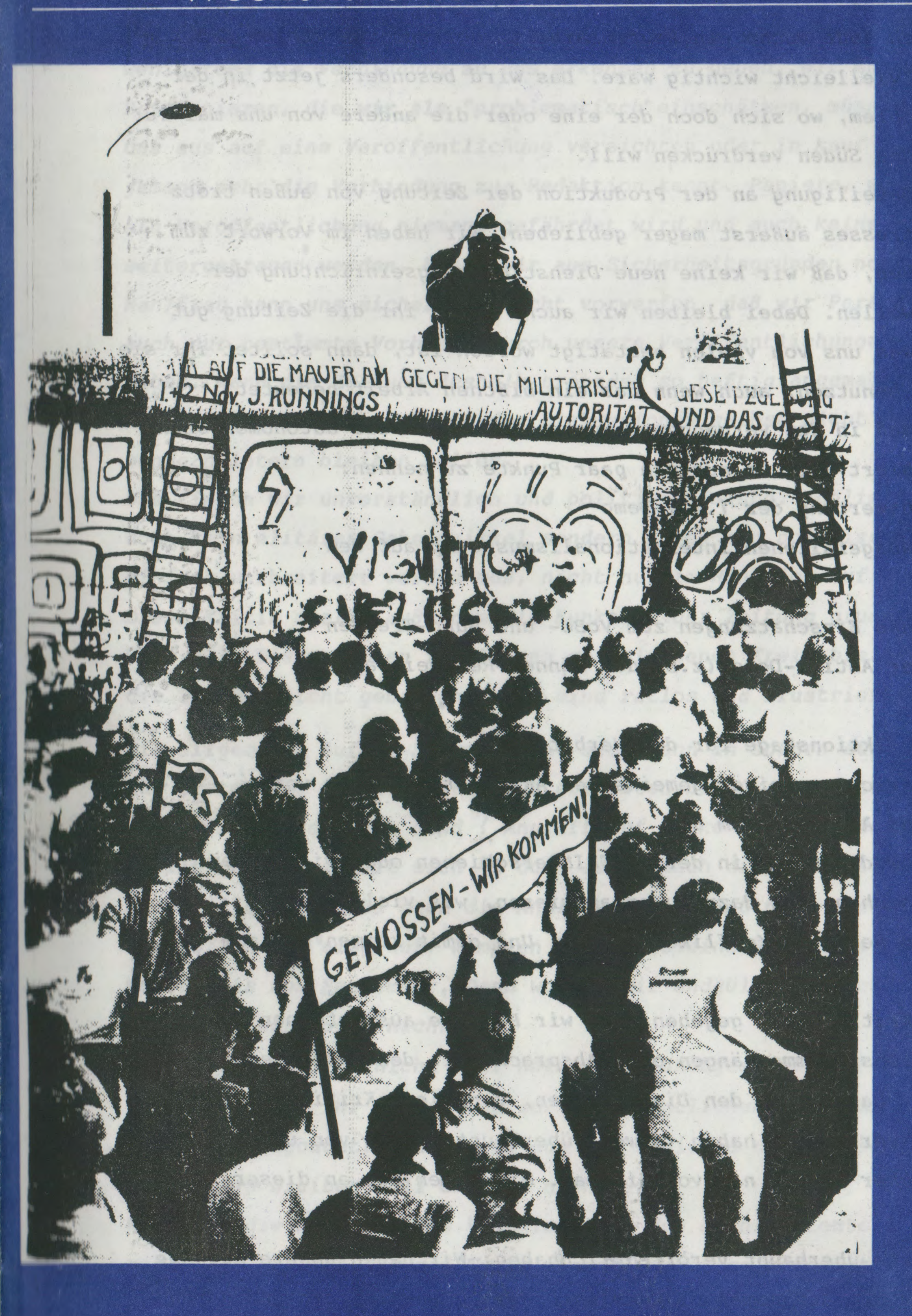
2 DM

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info



Knastkundgebung: die Redebeiträge

Linke Kulturstätten: Dichtgemacht?

1. Juli 1988

Nr. 10

V O R W O R T

Bei unserem letzten Treffen hat es eine Diskussion darüber gegeben, ob wir die INTERIM einstellen oder zumindest bis auf weiteres einstellen. Dafür gab es verschiedene Ursachen.
Einmal ist das einfach jede Woche ein Haufen Arbeit, der uns von vielem anderen ausschließt, das uns vielleicht wichtig wäre. Das wird besonders jetzt in der "Sommerpause" zum Problem, wo sich doch der eine oder die andere von uns mal für ein, zwei Wochen in den Süden verdrücken will.
Zum Zweiten ist die Beteiligung an der Produktion der Zeitung von außen trotz allgemeinen Lese-Interesses äußerst mager geblieben. Wir haben im Vorwort zum ersten Heft geschrieben, daß wir keine neue Dienstleistungseinrichtung der linken Szene werden wollen. Dabei bleiben wir auch. Wenn ihr die Zeitung gut und wichtig findet, was uns von vielen bestätigt worden ist, dann solltet ihr sie auch als euer Medium benutzen, auch wenn das ein bißchen Arbeit bedeutet.
Es ist ja nicht so, daß in den vergangenen Wochen innerhalb der autonomen Szene überhaupt nichts passiert ist. Um nur ein paar Punkte zu nennen:

- Einschätzung und Auswertung der 1.Mai-Demo
- Stellungnahme zum ausgefallenen Internationalismus-Camp auf dem Mariannenplatz
- Protokolle oder linke Einschätzungen zum VoBo- und BuKo-Treffen
- Redebeiträge von der Antifa-Demo (z.B. der Männer-Redebeitrag zum Patriarchat)
- Diskussionen um die Aktionstage für den Herbst
- Konflikt um die Einrichtung eines gemeinsamen Aktionstage-Büros von Reformer-Gruppen und Autonomen im LAZ

Diese Themen sind entweder nicht in der INTERIM erschienen oder wir mußten selbst irgendwie versuchen, was dazu zu organisieren, was viel Arbeit macht und außerdem zu nervigen Konflikten führt. Und damit kommen wir zum dritten Punkt.
Es hat z.T. massive Kritik daran gegeben, daß wir Papiere aus internen oder halbinternen Diskussionszusammenhängen ohne Absprache mit den VerfasserInnen veröffentlich haben. Daß wir in den Diskussionen, von diese Kritik kam, unser Vorgehen nicht verteidigt haben (soweit überhaupt welche von uns dabei waren), ist sicher leicht nachvollziehbar. Wir wollen das an dieser Stelle nachholen.
A. Daß wir solche Texte überhaupt veröffentlich haben: Wir haben unsere Aufgabe so begriffen, daß wir die autonomen Diskussionsprozesse verbreitern und vorantreiben helfen. Die werden aber nicht in den fertigen Kampfparolen deutlich, die am Ende solcher Prozesse rauskommen,sondern gerade aus den verschiedenen z.T. kontroversen Papieren aus diesen "halbinternen" Zusammenhängen.

B. Daß wir das teilweise ohne Rücksprache gemacht haben: Bei einigen Papieren kennen wir die VerfasserInnen gar nicht, gehen aber davon aus, wenn die Papiere über einschlägige Orte weitergereicht werden (Kopierläden, Aushänge) daß sie weiterverbreitet werden dürfen. Wo wir die VerfasserInnen kennen, bzw. vermuten, ergibt sich ein anderes Problem:
Jeder/m wird einleuchten, daß wir diese Zeitung klandestin machen müssen. Jemanden zu fragen, bedeutet also auch immer gleichzeitig, uns selbst oder wenigstens die Verbindung zu uns erkennen zu geben. Wir müssen das also abwägen. Bei Papieren, die wir als "problematisch" einschätzen, müssen wir deshalb von uns aus auf eine Veröffentlichung verzichten oder in kauf nehmen, daß wieder jemand mehr die Verbindung zur Redaktion kennt. Papiere, wo wir meinen, daß durch ein Veröffentlichung niemand gefährdet wird und auch keine gefährdenden Inhalte weitergetragen werden, haben wir aus Sicherheitsgründen noch mal abgetippt.
Man/frau kann uns sicherlich nicht vorwerfen, daß wir Personen oder Gruppen oder auch nur bestimmte Vorhaben durch unsere Veröffentlichungen in Gefahr gebracht haben. Wenn die Zeitung deshalb trotzdem so heftig angemacht wird, kann das nur heißen, daß die Inhalte der Diskussionen selbst nicht weitergetragen werden sondern intern bleiben sollen.
Das finden wir unverständlich und politisch falsch. Schließlich sind die Autonomen doch kein elitärer Geheimzirkel sondern haben ein politisches Anliegen, das einfach verbreitert werden muß, nicht nur im Hinblick auf den September.
Diese Kritik stellt außerdem die Funktion der Zeitung grundsätzlich infrage. Wenn alle Diskussionen im kleinen geschlossenen Kreis bleiben sollen, dann wird die Zeitung nicht gebraucht. Wir sind ratlos und frustriert über so eine Position.

Die allgemeine Aufhör-Stimmung hat sich dann in sofern etwas aufgehoben, als wir zum ersten Mal einen relativ gut gefüllten Briefkasten hatten, mit Beiträgen, die sicherlich lesenswert sind (Angriff auf linke Kneipen, Beitrag von der Knast-Demo...) Vielleicht entwickelt sich ja doch allmählich die Beteiligung an der Zeitung?! Jedenfalls herrschte dann die Ansicht vor: jetzt noch nicht aufgeben!
Wir raffen uns also auf, kämpfen die allgemeine Ferienstimmung nieder und machen weiter bis zum September. Dann wollen wir endgültig entscheiden, ob diese Zeitung gebraucht wird oder nicht.
Wir hoffen, daß es nicht mehr nötig ist, unabgesprochen Papiere zu bringen, deswegen, weil ihr selbst uns zur Veröffentlichung bestimmte Versionen zuschickt (bitte ge-layoutet!) oder weil aus den Papieren unmißverständlich hervorgeht, was intern bleiben soll und was nicht.
Weil uns die Tipperei und Kleberei über den Nachrichtenteil hinaus einfach zu viel wird, kriegt ihr die Texte diesmal genau so vorgesetzt, wie sie bei uns angekommen sind. Nicht besonders einladend zum Lesen, oder?
Noch was: Helft, aus dem Terminkalender ein brauchbares Instrument zu machen, schickt uns RECHTZEITIG eure Termine!

INTERIM 1/61 GNEISENAUSTR. 2a

Redebeitrag zu Knastkampf am 23.6. vor Moabit

Es gibt da einen schönen Spruch: Den Charakter und die Stärke einer revolutionären Bewegung erkennt man daran, wie sie sich zu ihren Gefangenen verhält. Natürlich sind wir heute hier vor Moabit und Plötzensee, weil wir den Gefangenen vom 1.Mai, den Gefangenen im Hochsicherheitstrakt und dabei besonders den beiden Genossinnen Angelika Goder und Gabi Rollnik, Gefangene aus der RAF, und den beiden Genossen Ralf Reinders und Ronald Fritsch, Gefangene aus der Bewegung 2.Juni, die in Moabit seit nunmehr 13 Jahren schmoren, besondere Grüße rüberbringen wollen.
Aber das heißt nicht, daß wir als radikale Linke nur noch "unsere" Gefangenen im Kopf haben. Für uns sollen diese Kundgebungen heute auch ein Ausdruck davon sein, daß wir erst Ruhe geben, wenn wir in einer Gesellschaft ohne Knäste leben! Wir begreifen das heute auch als einen kleinen Schritt zu all denjenigen, die sich im Knast nicht die Butter..äh, die Impe vom Brot nehmenlassen, die sich immer wieder gegen Astrat und Konsorten wehren und die wissen, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen, auch im Knast.
Für viele hier draußen ist der Knast sowas wie einaußerirdischer Horrorstern, so ne Art Vorzimmer zur Hölle, wo nichts mehr geht. Knast sitzt vielen von uns im Nacken, ^Angst^ nirgends scheint der Zugriff der Staatsmacht so total wie im Knast. Die Isolationhinter hohen Mauern, Beton und Stahl, soll uns vor weiterem Widerstand gegen die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse hier abschrecken: Ackern für den Chef bis zur Rente, Nachwuchs für diesen Staat erziehen, Träume aus Video, Ausbeutung und Unterdrückung hier und in vielen Ländern dieser Erde stumm schlucken! Der Zwang zur Anpassung durch Abschreckung. Wer dieses Gesetz der Reichen durchbricht, wer Widerstand leistet, muß der Gefahr des Knastes ins Auge sehen. Natürlich versuchen die Herrschenden mit Massenverhaftungen, mit Terrorurteilen, mit brutalen Haftbedingungen, mit der Vorführung von Gefangenen, deren Identität im Knast zerstört wurde, ja sogar mit der Zerstörung des Lebens/ der Ermordung von Gefangenen, uns abzuschrecken. Aber Abschreckung und Angst verbreiten gehörten schon immer zur Trickkiste der Herrschenden. Es liegt an uns, an unserer Mobilisierungskraft, wie wir die Daumenschraubentaktik des Staates durchbrechen. Wie wir alle, die sich zwischen den Mahlsteinen von Justiz und Knast wehren wollen, unterstützen, schützen und sie als Teil des gesamten Widerstandes begreifen. Und natürlich kommt es dann auch drauf an, wie wir uns selbst verhalten, wie es uns gelingt, den Widerstand zu organisieren, wenn wir selbst einmal eingeknastet werden sollten.
Ziel sollte es sein, diesem wichtigen Pfeiler staatlicher Macht einen Stein nach dem anderen rauszureißen, daß er wackelt, bis er zusammenbricht.

Wenn wir sagen, der Knast ist nicht der Ort, wo unser Widerstand, unser Kampf aufhört, dann reden wir nicht von Heldentum, obwohl natürlich gerade in den Kerkern der Herrschenden die Frauen und Männer aus den unterdrückten Klassen immer wieder geradezu außergewöhnliche Fähigkeiten entwickelt haben. Aber das Starren auf Heldentum blockiert den Blick auf die eigenen Fähigkeiten, verhindert die Auseinandersetzung mit den eigenen Möglichkeiten und Schwierigkeiten. Und schwierig ist es allemal, wenn du dich in den Stinkezellen der Gothaerstr., der sogenannten Bullenfilzgarage wiederfindest. Das ist zumeist ne ziemlich kalte Dusche, die Perspektive vor Augen, 23, manchmal auch 24 Stunden am Tag alleine zusein, auf sich gestellt, konfrontiert zu sein mit den Groschenjungs der Macht, den Knastschließern. Auch hinter diesem sogenannten Haftschock steckt system: er soll gezielt Panik erzeugen, Gefangene zur Selbstbelastung bringen, sie zu Aussagen über andere zwingen. Und genau hier machen nicht wenige tatsächlich auch Fehler.
Deswegen: Drinnen und Draußen, keine Aussagen gegenüber Bullen und Justiz! Jede scheinbar entlastende, unüberlegte, übereilte Aussage, kann dich und andere reinreißen und Mißtrauen schaffen.
Das andere große Problem, besonders im Knast, sind die Zuträger der Bullen und Justiz: Die Lampenbauer, Spitzel, Denunzianten, die fürn Appel und nen Ei, für nen Tabakkoffer oder ne Kaffeebombe, die Leute aus den eigenen Reihen an die Schweine verraten. Wer denunziert, wird heiß rasiert!!
Ein gut funktionierendes Spitzelsystem ist seit jeher ein beliebtes Hobby der Knastkommandanten. Es wird heutzutage nur gemeiner, systematischer angewandt: Wer kooperiert, denunziert, der steigt ^auch^ schnell die Stufenleiter des Behandlungsvollzuges nach oben. Wer aufmuckt, Widerstand im Knast organisiert, dem/der droht der Hochsicherheitstrakt - Monstren der technisch perfekten Isolierung und Entmenschlichung! Diese wurden geplant und ge-

baut, nachdem anfang der 70er Jahre in vielen Knästen der BRD und Westberlin von politisch organisierten und nicht organisierten Gefangenen eine ganze Welle von Knastrevolten, Widerstandsaktionen und Hungerstreiks ausgegangen waren. Auch, wenn es zur Zeit kaum noch breite Kampagnen gegen die Trakte gibt, hier in der BRD und anderen europäischen Ländern gibt es von Gefangenen immer wieder Proteste, Hungerstreiks, Aktionen gegen diese brutalen Isolationsbedingungen. Wir stimmen deswegen auch mit der Forderung nach ersatzloser Abschaffung des menschenverachtenden Hochsicherheitstraktes überein, die über 400 Gefangene in Moabit im Frühjahr dieses Jahres unterschrieben haben. Diese Forderung war eine von 10 folgenden Forderungen:

1. Sofortige Abschaffung des unzumutbaren 23-Stunden Einschlusses; angesichts steigender Selbstmordzahlen - 1987 gab es 27 Selbstmordversuche und Selbstmorde - im Januar 88 bereits wieder von 3 Gefangenen!
2. Freies Zusammenkommen und Aufschluß tagsüber!
3. Freizeit- und Fernsehräume in der ganzen JVA!
4. verbesserte Besuchsmöglichkeiten, auch für unsere Frauen und Angehörigen!
5. Abschaffung der ausbeuterrischen Minimallöhne und Maximalpreise! Mehr Arbeitsschutz und qualifizierte Arbeitsplätze, tarifliche Absicherung!
6. Ersatzlose Abschaffung des menschenverachtenden Hochsicherheitstraktes!
7. Freie Wahl eines Gefangenenbeirats!
8. Unzensierte Gefangenenmitteilungen!
9. Verbesserung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung! Keine Absonderung von AIDS-Gefangenen!
10. Einrichtung einer Freihand-Bücherei!

Allein die Tatsache, daß wiedereinmal viele Gefangene in Moabit gemeinsam ihren Haß gegen diesen 23-Stunden Schließfachvollzug ausgedrückt haben, hat sofort zu Repressalien geführt: Gefangene, die die Liste unterschrieben haben, wurden von Schließern zusammengeschlagen, Briefe, die mit den Forderungen zusammenhängen, wurden zurückgehalten. Um die angelaufene Kommunikation unter den Insassen zu zerstören, wurde eine ganze Station aufgelöst und über den Knast verteilt, berichten Gefangene aus Moabit.
Der Widerstand gegen die Haftbedingungen in Moabit hat eine lange Tradition: Oktober 1979 machten über 200 Gefangene gegen den 23-Stunden Schließfachvollzug und gegen die bevorstehende Eröffnung des Hochsicherheitstraktes einen mehrtägigen Hungerstreik, der nach 7 Tagen abgebrochen wurde. Bei seiner Organisierung hatten auch mehrere Gefangene aus der Bewegung 2. Juni kräftig mitgemischt. November 80 wurden diese Forderungen in einem fünftägigen Warnhungerstreik wieder aufgegriffen von 100 Gefangenen. Februar 1981 kam es dann wieder zu einem mehrtägigen Hungerstreik von ca. 50 Gefangenen in Moabit, mit den gleichen Hauptforderungen. Um dieser Reihe von Widerstandsaktionen die Spitze zu nehmen, wurden danach von der Knastleitung auf den Stationen ein wenig Wochenendumschluß eingeführt.
Jetzt, 1988, müßte nach dieser erfolgreichen Unterschriftenaktion weiterdiskutiert werden, wie im Knast dieser 23-Std.-Einschluß und der Hochsicherheitstrakt geknackt werden können. Jeder Schritt, der das selbstbestimmte Zusammenkommen unter Gefangenen durchsetzt, wird schwer erkämpft werden müssen. Aber jede Möglichkeit zur Gemeinsamkeit, zur Kollektivität auch hinter Knastmauern, verbessert die Bedingungen, um eine menschenwürdige Lebensperspektive zu erkämpfen. Wir wollen versuchen, das aus unseren Möglichkeiten hier draußen für drinnen zu unterstützen. Das würde natürlich auch viel Auseinandersetzung mit euch bedeuten, auch über unsere Inhalte, Ideen und Praxis hier draußen: z.B. würden wir keinen Handschlag dafür tun, was den Gebrauch von Pornos unterstützt, auch nicht hinter Knastmauern. Auch wenns im Knast so manchen Gefühlsnotstand gibt, so kann das nie ein Grund sein Frauen zum Gebrauchsgegenstand zu machen; wer monate-, jahrelang seine Sexualität durch die Ausbeutung von Frauen mittels solcher Zerrbilder aufrecht erhält, dessen Gefühlswelt unterscheidet sich dann irgendwann nicht mehr von der Kälte der Mauern und Gitter!!

Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis wir in einer Gesellschaft ohne Knäste leben!

Für Selbstbestimmung und Selbstorganisation drinnen und draußen!

Keine Kooperation mit der Klassenjustiz!

Redebeitrag vor Moabit Knastkundgebung am 23.6.88

Von den Gefangenen der 1.Mai-Nacht sitzen hier in Moabit noch immer vier Männer in U-Haft.

Wir wollen euch allen drinnen was von dem Hintergrund erzählen, vor dem der Bulleneinsatz in dieser Nacht lief, damit ihr euch ein Bild machen könnt. Die bürgerlichen Medien von Taz bis FAZ haben das Ganze ja entweder verzerrt, aus dem Zusammenhang herausgerissen dargestellt oder verschwiegen (v.a. was die revolutionäre 1.Mai-Demo betrifft).

In der 1.Mai-Nacht haben die Herrschenden dieser Stadt mittels ihrer staatlichen Bürgerkriegsarmee, genannt Polizei, ihre Macht demonstriert, um die Bevölkerung von Kreuzberg einzuschüchtern. Nach der Revolte am 1.Mai vergangenen Jahres ist ihnen der Schreck in die Glieder gefahren. Alle politischen Parteien debattierten danach lautstark über Lösungsstrategien für den sogenannten " Problembezirk Kreuzberg". Ein Jahr später wissen sie genauso gut wie wir, daß sie die Probleme keineswegs in den Griff gekriegt haben. Lohnarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit nehmen ständig zu. Das ist die Realität in allen proletarischen Stadtteilen in den Metropolenländern, ob hier in Westberlin, im Rhurpot, in Belfast, Liverpool oder Milano. In Kreuzberg gibt es seit vielen Jahren eine Kontinuität von autonomen/antiimperialistischen Zusammenhängen, von Widerstandskultur, Ansätze von Strukturen, deren Politik auch Auswirkung auf den Stadtteil hat. Das hier was zusammenkommt an alltäglichen Widerstand der Unterdrückten und Ausgebeuteten in seinen vielen Formen mit organisierten revolutionären Gruppen, davor haben die Herrschenden am meisten Angst. Das sich daraus eine starke Kraft entwickelt und wir zur revolutionären Gegenmacht werden.

Gerade in diesem Jahr haben sie zur Vorbereitung auf den IWF/Weltbank- Kongreß im Herbst eine Hetzkampagne gegen das autonome Spektrum gestartet. Auch nach dem massiven Bulleneinsatz in der 1.Mai-Nacht sprach Kewenig von einer " autonomen Generalprobe für den IWF-Kongreß ". Die Realität war, daß sie mit einem Riesenaufgebot ihres Bullenapparats den ganzen Stadtteil terrorisierten, um ihre Schlappe vom letzten 1.Mai wettzumachen, um möglichst vielen Ohnmacht vor Augen zu führen und als Vergeltung für die starke revolutionäre 1.Mai-Demonstration, wo wir politisch in der Offensive waren. Ganz viele verschiedene Gruppen haben sich mit Redebeiträgen und Transparenten an der Demo beteiligt, tausende Frauen und Männer, die in Kreuzberg und Neukölln leben, wo die Demo lang ging, reihten sich ein, die Straßenränder waren von Anfang bis Ende voll mit Leuten. Daß ungefähr 10.000 Frauen und Männer auf die revolutionäre 1.Mai-Demo kamen hat uns alle gefreut und überrascht. Die Bullen haben wohl auch ziemlich schnell geschnallt, daß es besser für sie ist, die Demo nicht anzugreifen.

Dafür dann ihr vorbereiteter Einsatz am Abend und in der Nacht. Wohlwissend, daß die ganzen Integrations-und Befriedungskonzepte nicht die gewünschte "Ruhe" brachten, konnten die Herrschenden nur noch auf offene Gewalt, auf militärische Überlegenheit setzen, um eine Revolte wie im letzten Jahr zu verhindern. Auf diesen Einsatz hatten sie sich ein Jahr lang praktisch und propagandistisch vorbereitet. Es gab Schwerverletzte und Massenfestnahmen. Allein 70 Frauen und Männer wurden nach ASOG nach drei Uhr nachts festgenommen. Das zeigt ganz klar, daß sie Festnahmen für ihre Statistik brauchten. Die Bullen provozierten ganz gezielt und prügelten wahllos auf alle ein, die sich auf der Straße bewegten.

Vier von den Gefangenen sitzen seitdem noch immer hier in Moabit. Ihnen wird Landesfriedensbruch vorgeworfen.

Hallo Herbert, hallo Volker, hallo Norbert und nochmal Norbert !

Ganz viele dolle Grüße für euch von dieser Kundgebung hier.

Wir sind heute hier, um euch unsere Solidarität rüberzubringen.

Setzen wir drinnen und draußen unsere Solidarität und gemeinsames Handeln gegen ihre Repression und Spaltungsversuche!

hallo, ihr frauen !

wir stehen jetzt hier mit wenigen frauen und männern, da die schweine schon vorne an der brücke abgesperrt haben und nur die durchkommen, die sich ner üblen körperkontrolle untersichen. deshalb stehn da auch noch ne ganze menge leute.
wir fangen jetzt trotzdem an, damit ihr drinnen wenigstens einen teil der beiträge mitbekommt.
wir, das ist ein autonomer frauenzusammenhang, finden's sowieso gut, nicht nur bei euch vorbeizuschauen, wenn von euch drinnen spektakuläre aktionen laufen oder welche von uns eingefahren sind.
wir machen die kundgebung, damit ein paar mehr, als die, die euch schreiben und besuchen, wissen, was bei euch sache ist, und um euch mehr von der situation von angelika goder und gabi rollnik zu erzählen, die im trakt in moabit sitzen.
da gehen wir dann auch danach hin.
was wir mitgekriegt haben die letzte zeit, ist das uralte lied von spaltung und isolation, daß sie gegen euch einsetzen, wenn widerstand in euerm alltag läuft, kollektivstrafen verhängt werden, wenn andere nicht verpfiffen werden.
daß wie jeher versucht werden soll, durch behandlungsvollzug und den sogenannten differenzierten strafvollzug die grenzen zu verwischen zwischen denen, die einknasten und denen, die eingeknastet sind, zwischen freundin und feindin.
und die spitze dieser ganzen scheiße sind die hochsicherheitstrakte, die knäste im knast.
es fällt uns schwer, uns die perversion eines hochsicherheitstraktes in einem hochsicherheitsgefängnis vorzustellen oder in ner trockenen analyse vorzulegen.
die profitlogik, die vernichtung alles menschlichen und lebendigen, die dahintersteckt.
und doch ist es nicht nur grausame logik des patriarchalen systems hier, die uns dabei im kopf rumschwirrt, sonst könnten wir eh die decke über den kopf ziehen.
sondern es ist für uns in erster linie die beschäftigung mit der geschichte, wieso es auch zu traktbau kam.
mit der langen kämpferischen geschichte, wie widerstand draußen und dann auch drinnen gelaufen ist.
beschäftigung mit der geschichte des widerstandes der politischen gefangenen, mit denen die trakte nach außen als "notwendig" verkauft werden sollten.
und mit dem widerstand vor allem auch von all den anderen, auf die der trakt als bedrohung und abschreckung zielt, die sich drinnen mit streiks und anderen aktionen gegen die zwangsarbeit zur wehr setzen, die gegen die profit- und verwertungslogik gemeinsame interessen setzen und angehen,
solidarisch miteinander umgehen und sich nicht spalten lassen, bis hin zu gefängnismeutereien,
wo von den knästen nur noch ein qualmendes häuflein steine übrig blieben.
das alles haben wir im kopf als ein wissen, als ein wissen von uns, das uns kraft gibt,
und dem feind das zittern lehrt!
es ist klar, daß nun die ehemalige abschirmstation der plötze zum trakt umgebaut wird, durch milchglaseinbau und einem extrazaun im hof. über sprache läuft ne menge an kopfmanipulation.
wer denkt schon bei dem wort abschirmstation an traktbedingungen, iso-vernichtungshaft.
wenn wir jetzt hören, der trakt in der plötze ist da, haben wir viel eher assoziationsketten, stammheim 7.stock, die unzähligen erfahrungsberichte der gefangenen aus der raf, dem 2.juni und dem widerstand, die seit vielen jahren gegen die traktbedingungen kämpfen.
und die abschirmstation vorher?
die abschirmstation hat faktisch traktbedingungen :
23 stunden verschluß, möglicher einzelhofgang, keine freigaben, rechts und links werden bei möglichkeit die zellen frei gehalten. und die ganze plötze ist ja sowieso-das wissen wir seit langem-im ganzen unter traktvorzeichen konzipiert und gebaut worden.

rein kamen die frauen, die z.b. beim 1., 16/17.mai 87 eingefahren sind
oder mariom beim hungerstreik letzten sommer,
und all die innerhalb des knastes, die aus der reihe tanzen und sich
nicht anpassen.
und nun ist der bezug für viele von draußen noch mal näher gerückt
durch gabi und angelika, die da rein sollen,
obgleich es nicht der unterschied ist.
der trakt integriert sich nahtlos in den knastalltag, wie er bisher
eh gelaufen ist.
entscheidend sind auch nicht die architektonischen veränderungen, sondern
wie die möglichkeiten zum totalen isolation genutzt und angewandt
werden.
wir kennen es aus erfahrungen der gefangenen aus der guerilla und
dem widerstand, daß über sie strafen gegen alle legitimiert werden und
so gehofft wird, daßes eher zu anfeindungen kommt, als zu einem
gemeinsamen kampf gegen die beschissenen haftbedingungen.d.h. gegen
die totale isolation einzelner von euch durch trakte, so wie jetzt von
gabi und angelika, sowie gegen die zwangsarbeit.
und mit gemeinsamen kampf, den wir dagegen organisieren wollen, meinen
wir uns alle, auch uns hier draußen, klar.
und deshalb sind wir da und wollen wieder einen anstoß zu einer kontinuierlichen auseinandersetzung mit knast und vor allem mit euch
drinnen geben, und wollen keine eintagsfliege loslassen, mal wieder nur
kurz vorbei gelaufen.
möglichkeiten zur praktischen solidarität gibt es viele, schreiben,
besuchen, kundgebungen machen und überhaupt öffentlichkeit schaffen.
und wie auch damals die gefangenen vom 2. juni bei der eröffnung des
traktes in moabit sagten:
"wir können in diesem beitrag nicht dazu aufrufen, autos von
schweinischen richtern, staatsanwälten, kob's, gefängniswärtern oder
sonstiges anzustecken, oder diese figuren direkt anzugreifen, das
würde auch den rahmen dieses beitrages sprengen, das müßt ihr allein
wissen."
wir grüßen die genossinnen und genossen, die ein architekturbüro, das
für den gefängnisbau in weiterstadt zuständig ist, angegriffen und
die büroräume verwüstet haben.
wir grüßen die frauen in der plötze....

"das unrecht geht heute einher mit sicherem schritt
die unterdrücker richten sich ein auf zehntausend jahre.
die gewalt versichert: es, wie es ist, bleibt es.
keine stimme ertönt außer der stimme der herrschenden.
und auf den märkten sagt die ausbeutung laut:
jetzt beginne ich erst.
aber von den unterdrückten sagen viele jetzt:
was wir wollen, geht niemals.
wer noch lebt, sage nicht: niemals!
das sichere ist nicht sicher.
so, wie es ist, bleibt es nicht.
wenn die herrschenden gesprochen haben,
werden die beherrschten sprechen.
an wem liegt es, wenn die unterdrückung bleibt? an uns
an wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
ebenfalls an uns
welche niedergeschlagen wird, die erhebe sich!
welche verloren ist, kämpfe!
welche ihre lage erkannt hat, wie soll die aufzuhalten sein?
denn die besiegten von heute, sind die siegerinnen von morgen
und aus niemals wird: heute noch!!

Und jetzt kommt ein Beitrag, der von einigen Frauen aus der Plötze geschrieben wurde

Alles in dieser Anstalt ist so konzipiert, daß eines nicht entstehen soll: Solidarität und Widerstand
Genau diese Erfahrung haben wir drinnen mit euch draußen gemeinsam gemacht. Ein Gefühl von Kraft und Wärme, daß bis heute spürbar ist. Daß ihr nun heute wieder vor dieser scheiß Mauer steht, um uns erneut das Gefühl, und um vieles näher, entgegenzubringen, dafür umarmen wir euch mit all unserer Zärtlichkeit.

Unsere Forderungen während des Hungerstreiks 87 nach selbstbestimmten Zusammenhängen im Knast, gilt selbstverständlich auch heute noch. Und sie gilt, wie uns eure Unterstützung im Hungerstreik zeigte, natürlich auch für draußen!

Die Gesamtsituation seit dem Hungerstreik hat sich nur noch verschärft.
Frauen die daran teilgenommen haben, Frauen die potentiell Widerstand leisten könnten, werden voneinander isoliert auf verschiedenen Stationen gehalten. Die Trennung mit noch mehr Sorgfalt vollzogen.
Sie reagieren auf geringste Auflehnung schon mit härtesten Geschützen. Versuchen uns auf billigste Art und Weise zu spalten, indem sie Frauen, die anfangen sich zu wehren, die Geschichte von den bösen Rädelsführern und dummen Schafen erzählen. Ihnen absprechen einen eigenen Kopf zu haben und scheinen darüber zu vergessen, daß genau das ihre Panik davor zeigt, daß wir uns gemeinsam weiterentwickeln, über Stationen, Häuser, Mauern hinweg.

Wir wollen hier jetzt nicht wieder im Einzelnen aufzählen was innerhalb dieses Knastsystems an Schweinereien laufen.
Wir haben es oft und ausführlich gemacht, und die Infos, Dokus, Flugis etc. haben nichts an ihrer Aktualität verloren, weil sich hier drinnen an unseren Bedingungen nichts geändert hat.

Es ist viel wichtiger wie wir gemeinsame Wege finden, Ihnen - den Schweinen- zu begegnen, den Mechanismus dieser Maschinerie zu stören, solange bis sie in ihrem eigenen Saft verreckt. Sich dem reibungslosen Funktionsablauf zu verweigern.
Um so wichtiger erscheint es uns, da wir seit einiger Zeit wissen, daß Angelika Goder und Gaby Rollnik aus Moabit hierher verlegt werden, und wir soweit uns das möglich war/ist die heimliche Aufrüstung des Apparates hier mitbekommen haben.
Wenn eine Verlegung von Angelika und Gaby nicht zu verhindern ist, wir denken, daß es eine erneute Verschlechterung ihrer Haftbedingungen ist, fordern wir die Zusammenlegung mit ihnen!

Wir werden der für sie vorgesehenen totalen Isolierung all unsere Phantasie entgegensetzen um sie zu durchbrechen.
Nichts wird uns davon abhalten
- weder der zweite Zaun den sie in dem für angelika und Gaby vorgesehenen Hof gebaut haben
- noch die Räumung der gesamten Station - die Abschiebehäftlinge, die sich zuvor in dem Trakt befanden, wurden in den Aufnahmebereich, auf die U-Haftstation für Nciht-Drogenabhängige verlegt. Die Frauen die dort lagen wurden in Haus 2 verlegt. Der gesamte Trakt ist leer und wird vorerst nur von Angelika und Gaby belegt werden.
- weder der Aufmarsch eines ihrer Speichellecker vom Senat, der dann für ihre Bedingungen zuständig sein wird, und heute bereits die heimlichen Bauarbeiten beäugt, wie der Austausch von unbenutzten Schlößern, Überwachungsanlagen etc.

- noch ihre Versuche diese Schweinerei in Perfektion zu verharmlosen.

Ihre Hetzereien gegen Gaby und Angelika heben nur einmal mehr ihre Unfähigkeit und Hilflosigkeit, gegenüber unserem Gefühl was wir für die beiden haben, hervor. Denn sie wissen genau, daß sie es durch nichts zu zerstören vermögen!

Wir erwarten von diesem Staat nichts anderes mehr, als Bunkersanktionen oder Internierung in die staatlichen Reproduktionsanstalten, die uns wieder präparieren/integrieren sollen für/in den Prozeß der Ausquetschung unserer Arbeitskraft.
Es ist doch kein dummer Zufall, daß wir hierdrin z.B. hinter der Trennscheibe sitzen, wieso sie jeden Furz von Andersartigkeit zur Legitimation für'ne Sonderbehandlung umfunktionieren, denn das verhindert gut, die Gemeinsamkeit der repressiven Situation wahr zu nehmen. (Und damit meinen wir nicht nur den Knast.)
Der einzige Weg, die einzige Antwort darauf kann nur sein, genau dagegen anzurennen mit allem was wir haben, was wir sind.
Für uns drinnen und euch draußen wird die Plötze und ihre Psychoprogramme immer transparenter werden.
Wir hoffen ihre Angst ist berechtigt!
Wir werden immer neue Wege aufeinander zu finden.

In diesem Sinne solidarische Grüße an Angelika und Gaby,
an die Moabiter Gefangenen
an die Frauen in der Plötze, die wir anders nicht erreichen können
und an euch draußen

Schluß mit der Trennung von sozialen, politischen und BTM Gefangenen!
Zusammenlegung innerhalb offener Häuser!



betrifft: Mobilisierungsflugblatt zu den Knastkundgebungen

Stellungnahme des DURCHBLICK

Am 23.6.88 haben vorm Frauenknast Plötzensee und dem Knast in Moabit Kundgebungen stattgefunden. Im Rahmen der Mobilisierung ist ein doppelseitiges Flugblatt erschienen, mit dem wir erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten haben. Wir halten es für notwendig, den einseitigen und unserer Ansicht nach zum Teil falschen und spalterischen Darstellungen öffentlich etwas entgegenzusetzen.

Um unsere Kritikpunkte zu verdeutlichen und zu vermitteln, warum uns eine derart verkürzte und kurzsichtige Auseinandersetzung mit Knast einfach Bauchschmerzen bereiten muß, werden wir erstmal unser Verständnis von der Funktion des Knasts in der Gesellschaft vermitteln. Daß Knast und Justiz zu den wichtigsten Bestandteilen des Programms der Herrschaftssicherung des Staates gehören, ist klar. Eine Bedingung für Herrschaftssicherung ist ein gut funktionierendes System sozialer Kontrolle. Dies bedeutet, daß die in einer Gesellschaft herrschenden Normen innerhalb dieser weitervermittelt werden und deren Einhaltung kontrolliert wird. Das geschieht in der Familie, im Kindergarten, -laden, der Schule, der Kirche, vor der Glotze ... In der Regel klappt "Erziehung" zum/zur braven Bürger/in, der/die die herrschenden Werte und Normen verinnerlicht hat, auch problemlos. In den Fällen, in denen es trotzdem zu Normverletzungen kommt, schalten sich Jugendamt, Bullen und Justiz kontrollierend und strafend ein, Je nach Alter, Art der Normverletzung und gesellschaftlicher Stellung können die verschiedensten Maßnahmen ergriffen werden: Geldstrafen, Freizeitarbeiten, Heimeinweisung, Bewährungsstrafen, Psychiatrisierung usw. Das härteste Sanktionsmittel neben der Psychiatrie ist der Knast.

Es ist wichtig zu begreifen, daß alle Teile der sozialen Kontrolle aufeinander aufbauen. Jede Kontroll- und Strafinstanz funktioniert nur, weil sich bei ihrem Versagen sofort eine noch mächtigere einzuschalten droht. Letztes Glied in dieser Kette ist der Knast.

Das System der sozialen Kontrolle wirkt zum einen durch den direkten Zugriff auf die Einzelperson (Sanktion). Andererseits soll den normenkonform Lebenden durch die Bestrafung der Normverletzer/innen die Wirksamkeit und Gültigkeit der bestehenden Gesetze vor Augen geführt werden. So werden sie in ihrem angepaßten Verhalten bestätigt und können sich gleichzeitig positiv von den "Übeltäter/innen" abheben. Um dieses Gefühl und damit auch die Solidarität mit dem Staat und seinen Normen noch zu verstärken, wird durch die Medien der/die Normverletzer/in zum Feindbild aufgebaut. Es wird z.B. gezielt der Eindruck erweckt, es handele sich bei Gefangenen generell um "gewalttätige Verbrecher/innen" (tatsächlich sitzen ca. 70% aller Gefangenen wegen Eigentumsdelikten im Knast), vor deren blutrünstigen Aktivitäten nur der Staat Schutz bietet. Durch diesen angeblichen Schutz der Allgemeinheit legitimiert der Staat ganz nebenbei seinen Herrschaftsanspruch und den Ausbau der Maßnahmen und Institutionen zur Sicherung von Gesetz und Ordnung.

Wir fassen jetzt nochmal zusammen, welche Wirkung der Aufbau eines Feindbilds, in diesem Fall das der Gefangenen, hat:

Wird der "gesunde Volkszorn" gegen ein/e bestimmte/n Feind/in mobilisiert, kann sich der Staat ziemlich sicher darauf verlassen, daß "sein Volk" bestens im Sinne der Herrschenden funktionieren wird.
Es wird
- selbst Normen und Gesetze einhalten.
- alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Feindes/der Feindin gutheißen und sogar schärfere fordern. Nicht zur Kenntnis oder aber in Kauf genommen wird die damit verbundene Einengung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Verantwortung, gerade auch für Konfliktlösungen, wird an den Staat abgegeben.
- abgelenkt von seinen tatsächlichen Problemen bzw. den/die Feind/in als Verursacher/in betrachten (z.B. Erwerbslosigkeit und Rassismus).

Der Blick darauf, daß die Gesetze und Normen nur der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden dienen, ist verstellt. Es ist z.B. kein Zufall, daß gerade in einem kapitalistischen Staat wie der BRD das "Recht auf Eigentum" so betont wird. Daß damit in erster Linie der durch Ausbeutung zustandegekommene Reichtum der Herrschenden gemeint ist, ist klar. Allen anderen würde eine Umverteilung nur zugute kommen. Doch wer sich über den/die Ladendieb/in aufregt, merkt nicht vom wem er/sie eigentlich bestohlen wird.

Durch die Schaffung scheinbarer Fronten klappt die Spaltung immer besser: Erwerbslose gegen Erwerbstätige, deutsche Arbeiter/innen gegen solche aus anderen Ländern, ... und im Knast dann Drogengebraucher/innen gegen Nicht-Dro-

gengebraucher/innen, "politische" gegen "soziale" Gefangene, "Resozialisierungswillige" gegen "Vollzugsstörer/innen" usw. So wird gespalten und gegeneinander ausgespielt, bis endlich keine/r mehr merkt, wo der eigentliche Feind ist. Während sie sich untereinander bekämpfen, können die Herrschenden ihr Geschäft in Ruhe weiterbetreiben.

Aus der kurzen Darstellung der Funktion des Knasts im System der sozialen Kontrolle und der Funktion des Feindbilds, das in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Gefangenen projiziert wurde, müßte eigentlich auch klar geworden sein, daß es für die Herrschenden im Grunde ziemlich egal ist, welche Leute im Knast sitzen, da dies für das Funktionieren des Gesamtsystems kaum von Bedeutung ist. Entscheidend ist dafür nur, daß es Knäste gibt und sich ein bestimmter Anteil der Bevölkerung dort befindet. Wie austauschbar die Gefangenengruppen sind, zeigt z.B. die Tatsache, daß trotz verstärkter Einknastung von Drogengebraucher/innen die Gefangenenzahl ziemlich konstant geblieben ist. So sitzt quasi eine Gruppe von Normverletzer/innen stellvertretend für eine andere im Knast. Welche Gruppe wann verstärkt kriminalisiert und eingeknastet wird, ist eher abhängig von ihrer propagandistischen Ausschlachtbarkeit als von der tatsächlich von ihr ausgehenden "Gefahr für die Allgemeinheit". Da bekommt doch der Satz "Ihr für uns Drinnen, wir für Euch Draußen" noch einen ganz anderen Sinn ...

Die einzige Gefangenengruppe, die von dieser Form der Austauschbarkeit nicht betroffen ist, ist die, die aufgrund ihrer direkt gegen den Staat gerichteten Aktionen eingefahren ist. In diesem Fall setzt der Staat allein auf unmittelbare Unterdrückung und Vernichtung.



Doch kommen wir nun endlich ganz konkret zur Kritik am erwähnten Flugblatt.

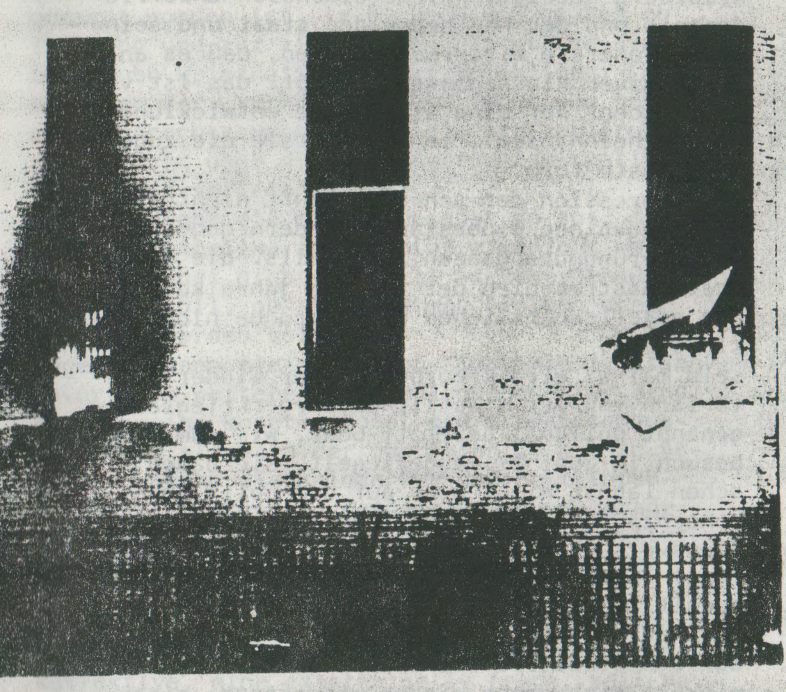
Es richtet sich - auch nach genauestem Durchzählen kamen wir an der Feststellung nicht vorbei - an nicht mehr als zehn von ca. 3500 gefangenen Männern und Frauen hier in Westberlin. Das entspricht auch genau dem eingeengten Weltbild, daß die Verfasser/innen uns in dem gesamten Papier vermitteln. Knast erscheint ihnen nicht etwa als Bedrohung für alle, die sich nicht normenkonform verhalten, sondern nur für die, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten kriminalisiert werden. Mit seiner gesellschaftlichen Funktion setzen sie sich nicht auseinander. Nur in den Absätzen über die Situation in Kreuzberg 36 scheint die Erkenntnis aufzutauchen, daß sich staatliche Repression gegen jede/n richtet. Dem Flugblatt zufolge liegt dies daran, daß sich in K 36 die Ansätze zu einer Klassenbewegung in besonders zugespitztere Form zeigen. Daß mit den gleichen Maßnahmen gegen jede Gruppe und Einzelperson vorgegangen wird, die die Normen der Herrschenden verletzt, fällt da völlig unter den Tisch. Treibjagden auf Drogengebraucher/innen, Versuche HIV-Positive zu kasernieren, polizeiliche Todesschüsse bei Einbrüchen usw. - daß der Vernichtungsapparat immer der gleiche ist und immer das gleiche Ziel, die Herrschaftssicherung, verfolgt, bleibt unbemerkt.

Da die Verfasser/innen anscheinend nur die eigene Bedrohung wahrnehmen, ist es natürlich naheliegend, daß sie diese Sichtweise auch auf "ihre Gefangenen; übertragen. Richtig ist natürlich, daß diese von vornherein besonders repressiven Haftbedingungen unterliegen (z.B. 24-Punkte-Programm bei den meisten, die nach § 129a einfahren), der Angriff auf ihre Identität findet unmittelbar und offensichtlich statt.

Jedoch ist den Autor/innen offenbar entgangen, daß die Trakte schon seit Jahren mit den verschiedensten Gefangenen belegt werden, die sich auf irgendeine Art nicht anstaltskonform verhalten. Mal reicht's aus, 'nem unerträglichen Schließer eine gescheuert zu haben, mal müssen angebliche Fluchtversuche herhalten und ab und an gibt's auch gar keine Begründung. Als "Vollzugsstörer/in" gilt schon, wer auf ganz legalem Wege ständig Beschwerden schreibt. Im Einzelfall wird der Traktaufenthalt noch durch Bunkerstrafen unterbrochen oder durch Verabreichung von Psychopharmakagaben zur Hölle gemacht. Da diese Gefangenen aber in der Regel keine Lobby haben, die ihre Situation und die Zustände in den Knästen öffentlich macht, kann sich hartnäckig der Glaube halten, nur Gefangene aus RAF und Widerstand seien Opfer der Sonderbehandlung.

Auch die Praxis der Trennung von Gefangenen, die Ansätze von gemeinsamem Handeln zeigen, ist uralt. Generell wird seit Bestehen der

Knäste versucht, jede Entstehung von Strukturen, die für die Herrschenden nicht mehr absolut durchschaubar und kontrollierbar sind, zu unterbinden, indem die Gefangenen auseinandergelegt werden. Den Herrschenden ist sehr wohl bewußt, daß viele Gefangene für sich selbst und in kleinen Gruppen die verschiedensten Formen entwickelt haben, sich dem Druck zu entziehen und/oder dagegen Widerstand zu leisten (Verweigerung des Behandlungsprogramms, Arbeitsverweigerung, Sabotageaktionen ...). Sie wissen auch, daß sie, wenn sich daraus gemeinsam organisierte Aktionen entwickeln, nicht mehr viel zu lachen haben werden.



Die ärztliche Versorgung ist in den Knästen überall gleichermaßen schlecht. Viele gefangene Männer und Frauen leiden ihr ganzes Leben unter den durch nicht geleistete oder miserable Behandlung verursachten körperlichen Schäden oder sterben daran. Die Schikanen, denen Angelika Goder ausgesetzt ist, haben zweifellos ihre Ursachen auch darin, daß sie sich bis heute dem Druck der Herrschenden nicht gebeugt und nicht aufgegeben hat; sie erlebt die gleichen Zwangsmaßnahmen wie jede/r Gefangenen, der/die sich dem Knastsystem nicht unterordnet.

Natürlich ist es nur logisch und legitim, sich zunächst mit jenen zu solidarisieren und auseinanderzusetzen, zu denen politisch und/oder menschlich die größte Nähe besteht. An diesem Punkt darf aber eine sich als politisch definierende Diskussion von "Knast" nicht stehenbleiben.

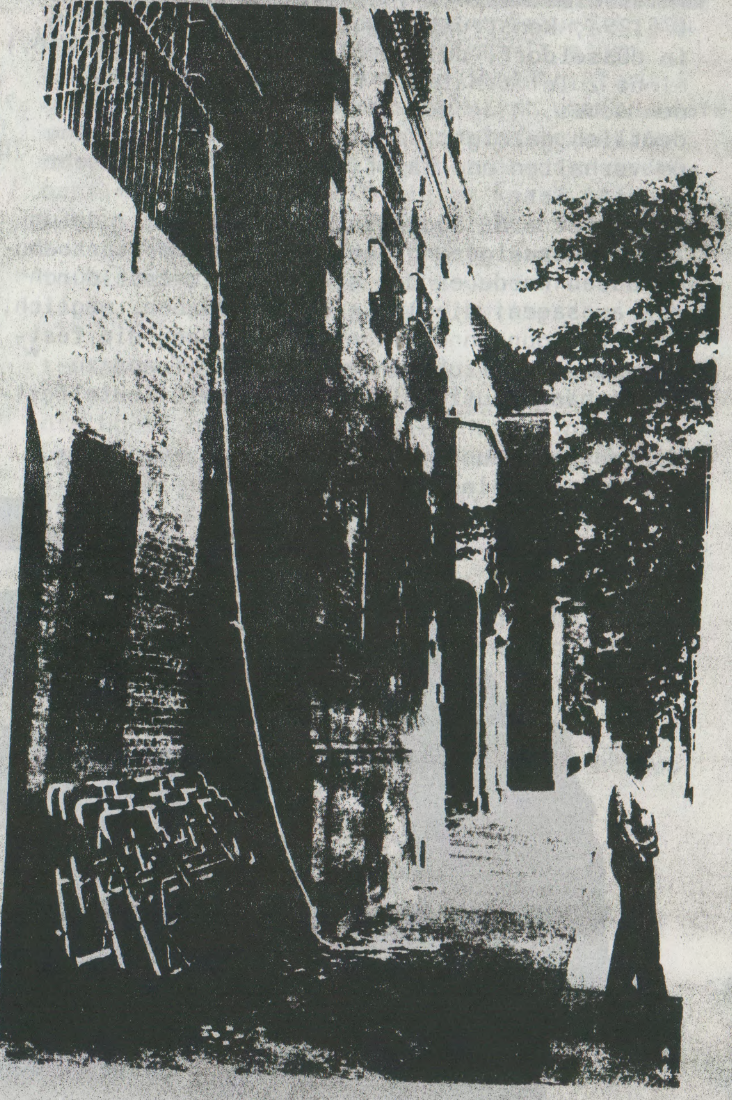
Was wir deutlich machen wollen, ist folgendes: Die Verfasser/innen gehen in ihrem Text nicht von einer grundsätzlichen Analyse der Funktion des Knasts und der Gefangenen aus, sondern beschränken sich auf die Darstellung der Situation einer ganz bestimmten Gruppe. Sie vermitteln nicht anhand eines Beispiels die gesamte Problematik und suggerieren so eine in Wirklichkeit nicht in dieser Form vorhanden Einzigartigkeit.

An diesem Punkt vollziehen sie die Spaltungspolitik nach, mit der der Staat seine Herrschaft sichert. Wenn z.B. also im Knast, je nach Art der Normverletzung, Grad der Angepaßtheit, Haftdauer o.ä., die Gefangenen unterschiedliche Haftbedingungen haben, dann soll damit auch das gemeinsame ihrer Situation verschleiert, jede Solidarisierungsmöglichkeit unterdrückt werden. Wenn wir Draußen eine einseitige Lobbypolitik zulassen, dann hat dies zur Folge, daß wir genau diese Spaltungspolitik mittragen und den Herrschenden damit in die Hände arbeiten.

Ziehen wir doch mal ganz gemein den Umkehrschluß aus einer Forderung wie "Freilassung für Günther Sonnenberg". Der heißt dann: "Die Anderen können drin bleiben".

Deshalb: **Keine Spaltung Drinnen und Draußen!**

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!



KNASTKUNDGEBUNGEN IN MOABIT UND PLÖTZENSEE

DONNERSTAG, 23.6.88

um 17.00 in PLÖTZENSEE

um 18.30 in MOABIT, TURMSTRAßE

wir machen diese kundgebungen, weil knast für uns als widerstand bedingung und kampfterrain ist.
wir wollen den gefangenen vom 1. mai unsere solidarität rüberbringen und den politischen druck für die hüftoperation von angelika goder und für die verlegung von angelika und gabriele rollnik in die gruppe von gefangenen aus der raf in lübeck verstärken.
der knast ist eine ständige bedrohung für alle, die sich gegen die alltägliche ausbeutung und unterdrückung wehren, für alle, die sich im revolutionären widerstand begreifen und kämpfen.
knast ist das gebiet der konfrontation, wo der zugriff der herrschenden auf uns am direktesten ist, er ist deshalb auch das gebiet, wo es existentiell für uns ist unsere identität zu bewahren und den kampf fortzusetzen.
knast ist ein kampfterrain, die kämpfenden gefangenen sind teil der revolutionären bewegung insgesamt. die gemeinsamkeit des kampfes drinnen und draußen drückt sich in konkreter praktischer solidarität aus.

in den letzten jahren hat sich die repressive gesetzgebung verschärft.
immer mehr frauen und männer, die widerstand leisten werden kriminalisiert und eingeknastet. (§129a, konstrukt"legale raf", verhaftungen in düsseldorf, duisburg, ulla und ingrid, etc.)
nicht zuletzt hat die repressionswelle nach den schüssen an der startbahn west im herbst 87 deutlich gezeigt, daß die auseinandersetzung um verhalten und kampf im knast für uns sehr wichtig ist.
das heißt z.b. auch die auseinandersetzung um aussageverweigerung. gerade nach den startbahnschüssen wurde es dem staatsschutz erst durch die aussagen, die leute gemacht haben, möglich, beschuldigungen und konstrukte gegen die festgenommenen aufzubauen und darüberhinaus zusammenhänge aufzurollen und weitere leute festzunehmen.
die entscheidung, bei einer festnahme nicht mit den schweinen zu kollaborieren setzt unseren kampf/ die eigene identität gegen ihren zugriff auf uns.

vor dem hintergrund der mobilisierung gegen den iwf/weltbank kongreß im herbst bekommt diese auseinandersetzung für uns nochmal eine ganz konkrete bedeutung, schließlich wollen wir uns nicht wie das kaninchen vor der schlange von den repressionsdrohungen blockieren lassen.
im letzten jahr hat die spontane revolte in kreuzberg gezeigt, welche dimension unzufriedenheit und der haß gegen den staat und seine gewaltapperate mitlerweile haben, daß es ansätze einer klassenbewegung gibt. das ist von der tendenz her eine allgemeine entwicklung (z.b. rheinhausen), in k36 hat sie die zugespitzteste form.
die repression der schweine läuft nicht einfach gegen den widerstand, sondern gegen die bevölkerung des ganzen stadtteils. die integrationsstrategien der letzten jahre konnten die gesellschaftlichen widersprüche nicht zukleistern.
seid mai 87 wird kreuzberg immer wieder militärisch von der staatlichen bürgerkriegsarmee, genannt polizei, besetzt; oder, wie zum reaganbesuch im juni 87, abgeriegelt. sie bauen schon längst nicht mehr auf den politischen konsenz, sondern setzen (neben ihren integrationsversuchen zwecks spaltung und ruhigstellung) immer mehr auf einschüchterung und offene gewalt.
gegen diese angriffe auf unseren lebensbereich auf den stadtteil als soziale struktur, entwickelt sich immer wieder widerstand. einen organisierten politischen ausdruck hat das mit der 1.mai-demo 88 bekommen.
in der nacht des 1.mai inszenierten die schweine einen lang vorbereiteten angriff gegen die leute auf der straße, um ihre schlappe vom 1. mai 87 wettzumachen und um unseren politischen erfolg mit der demo zurückzudrängen. dazu gehörten natürlich auch massive festnahmen, wovon jetzt noch vier männer in moabit sitzen.
VOR DEM KNAST WOIIEN WIR SIE GRÜßEN UND IHNEN UND IHNEN UNSERE SOIIDARITÄT RÜBERBRINGEN!



im hs-trakt der frauen in moabit sitzen zur zeit angelika goder und gabriele rollnik, beide gefangene aus der raf, in zweierisolation. seit dem hungerstreik 84/85 fordern sie im rahmen der forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand in große gruppen ihre verlegung nach lübeck und die zusammenlegung mit den dortigen gefangenen frauen aus der raf.

seit jahren fordert angelika eine dringend notwendige operation an der hüfte ohne staatschutzbewachung im krankenzimmer. jetzt gibt es eine konkrete zusage, daß die operation in knastkrankenhaus fröndenberg (nrw) unter ihren bedingungen laufen kann. daß die schweine jetzt endlich diese zusage gegeben haben liegt auch daran, daß die forderung der gefangenen im widerstand immer wieder zum punkt gemacht worden ist. (z.b. auch das plakat zu ihrer op und zur zl, mit dem das ex und die backstube kriminalisiert werden sollten; die aktionen der verwanten, ihre fahrt zum unomenschenrechtsausschuß als die brd-regierung den bericht über die menschenrechtssituation in der brd vorlegen mußte)

konkret sieht die situation aber so aus, daß gabi und angelika in die plötze verlegt werden sollen, wobei nicht klar ist wie das genau aussehen soll, ob sie zusammen bleiben oder getrennt werden sollen.

angelika kann die operation nicht machenlassen bevor ihre weiteren haftbedingungen klar sind. die schweine könnten sonst die situation ausnutzen um sie nach der operation in nrw zu behalten und so die beiden für den rest ihrer haftzeit zu trennen. deshalb kommt es gerade in dieser situation darauf an, daß wir weiterhin politischen druck für die erfüllung der forderungen der beiden frauen machen.

für viele der revolutionären gefangenen ist der kampf um zusammenlegung, also für große gefangenenkollektive, eine existenzielle frage, weil da, wo gemeinsame diskussion und arbeit möglich ist, das vernichtungskonzept der isolationshaft bricht.

der kampf um zusammenlegung ist auch unser kampf, weil die revolutionären gefangenen teil der revolutionären bewegung sind, mit dieser forderung ist gemeinsame diskussion und kampf mit den gefangenen möglich.

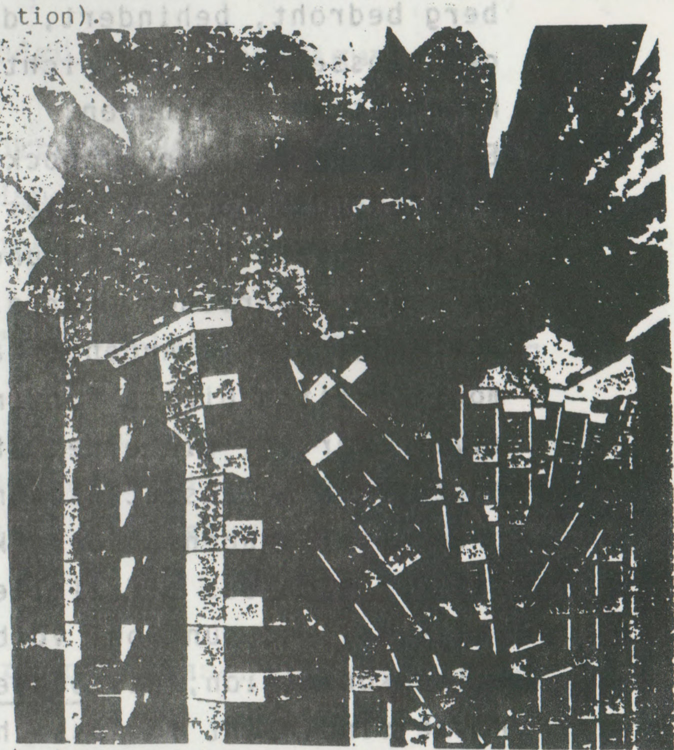
die durchsetzung der zusammenlegung heißt, daß sich ein teil des widerstands durchgesetzt hat, und das stärkt die gesamte revolutionäre bewegung.

klar ist, daß sich über die verlegung in den hs-trakt in der plötze die bedingungen für gabi und angelika verschlechtern würden.

die plötze ist ein nato-modellknast, der nach einem konzept der isolation und differenzierung (stufenweiser behandlungsvollzug) aufgebaut ist und der schrittweise und schleichend zu einem einzigen hs-trakt ausgebaut wird.

der trakt in der plötze soll über die politischen gefangenen legitimiert werden, aber er ist in wirklichkeit teil eines umfassenden knastkonzepts, mitdem sie alle gefangenen männer und frauen bedrohen wollen die sich wehren und organisieren.

zur zeit werden in der plötze die sicherheitsvorkehrungen verschärft (einbau von milchglas. abtrennen der höfe, überprüfung der kanalisation).



im letzten jahr haben gefangene frauen in der plötze gegen dieses knastsystem mit einem hungerstreik gekämpft und in ihrer erklärung gesagt:"...er(der hungerstreik)ist unsere erste und bestimmt nicht letzte gemeinsame aktion entgegen der spalterei und permanenter fremdbestimmung. denn was in diesem knast im großen läuft, macht auch vor den einzelnen stationen/zwangsgemeinschaften nicht halt. so, wie wir in einzelne häuser und wohngruppen für btmer-innen, soziale gefangene und politische aufgeteilt sind, sollen die stationen nochmals unter sich in kooperative und nicht-kooperative aufgespalten werden -wobei die kooperativen die überhand gewinnen sollen."

uns hat der hungerstreik der frauen damals ziemlich mobilisiert. er ist ein weiteres beispiel dafür, daß der widerstand auch unter anderen bedingungen weitergeht bzw. sich entwickeln kann,

wir wollen mit dieser knastkundgebung allen kämpfenden gefangenen frauen und männern in der plötze und in moabit powrige solidarische grüße direkt vor ort rüberbringen. wir wollen ihnen damit zeigen, daß der gemeinsame kampf aus den unterschiedlichen bedingungen heraus für uns das verbindende ist.

SOIIDARISCHE GRÜßE AN ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN MÄNNER UND FRAUEN

SPEZIEIIEN GRUß AN DIE GEFANGENEN VOM 1.MAI

ZUSAMMENIEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

OPERATION FÜR ANGEIIKA OHNE STAATSCHUTZ IM KRANKENZIMMER

FREIIASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG

V.i.S.d.P. G. Schnauf Müllerstr. 13 1/65

DIE EITERBEULEN MELDEN SICH ZU WORT

Mitten im "Kulturjahr 1988" werden soziale und kulturelle Einrichtungen, Veranstaltungsorte und Gaststätten in Kreuzberg bedroht, behindert, diffamiert (Eiterbeulen-Zitat) und geschlossen. Und das nicht nur von kleingeistigen, betrunkenen Stammtischrunden.

Es geht um das Blockschock, das Schlemihl, die TEK, das Pink Panther, das SO 36 - alles Läden, die mit ihrem Angebot an Film-, Theater-, Musik- und Informationsveranstaltungen viele Leute ansprechen, für die die subventionierte "offizielle" Kultur nichts im Angebot hat; die unkomplizierte Auftrittsmöglichkeiten bieten für (noch) unbekannte KünstlerInnen aller Sparten; die einen öffentlichen Raum bieten, um sich auszudrücken, auszutauschen - und die ohne Zweifel wesentlichen Anteil haben an der "kulturellen Vielfalt der Stadt", mit der sich das offizielle Westberlin so gerne schmückt.

Damit soll es nun wohl vorbei sein. Das Blockschock bekommt keine Konzession; das Schlemihl ist bereits geschlossen, neue Räume sind nicht in Aussicht; der TEK wird seit 1 1/2 Jahren (!) mit immer neuen formalen Begründungen eine Schankerlaubnis verweigert; dem Pink Panther ist ein Teil der Konzession entzogen worden, weil die Gäste "nicht ins Stadtbild passen"; die Fertigstellung des SO 36 wird verzögert, dem Verein werden mit formalen Mitteln Hindernisse in den Weg gestellt.

Es entsteht der Eindruck, daß diese Läden aus dem Stadtteil verschwinden sollen und mit ihnen die Leute und Lebensstile, auf die sie sich beziehen. Ein formaler Grund läßt sich immer finden, und dabei unterstützen sich Hauseigentümer, das Bezirksamt Kreuzberg, die Polizei und dubiose Bürgeraktivisten (bewußt oder unbewußt?) ganz vortrefflich.

Eine Pressekonferenz am 5.7. um 12.00 Uhr im Jugendladen der TEK, Oranienstr. 36 soll eine breite Öffentlichkeit über diese Situation und einige Vorschläge zur Beendigung der Schwierigkeiten bekanntmachen:

- Scnellste und unbürokratische Erteilung einer Konzession für Blockschock und TEK
- Neue Räume für das Schlemihl im Kiez
- Wiedererteilung der Konzession für das Pink Panther
- Schnelle und unbürokratische Genehmigung der Anträge des Vereins Sub Opus 36, zügige Durchführung aller Bauarbeiten im SO 36 nach den Vorstellungen des Vereins

Das S.O. wird jetzt endgültig instandgesetzt.
Die Planung wurde in Zusammenharbeit mit der S.O.-Gruppe und dem Architekten hergestellt.
Wir warten nun sehnlichst auf die endgültige Genehmigung des Bauantrags.
Voraussichtlicher Baubeginn ist im Oktober 88.
Ziel ist es, während der Bauphase, Handwerkerinnen, Kollektive/ Firmen aus dem Kiez und uns miteinzubeziehen.

-

Um überhaupt als Verhandlungspartner akzeptiert zu werden, mussten wir einen Verein gründen.
Dank Berliner bürokratischer Kleinhirne befinden wir uns seit ca. 6 Monaten in Gründung, sind also immer noch nicht anerkannt.
Trotzdem hat sich die GESA (Vermieterin mittlerweile bereiterklärt mit uns den Mietvertrag zu machen.

-

Aber ohne Raum müssen wir uns mit Dingen befassen, die uns dazu treiben: zu saufen
zu nörgeln
Magengeschwüre vom Verhandeln zu kreigen
Kinder auf die Welt zu bringen
uns in Beziehungskisten auszutoben...

S C H L E M I H L

Ein kleiner Ausflug zurück in die Geschichte an den Ort, wo schon immer ein widerspenstiger Geist verweilte, wo die Ungehorsamen und Rebellischen sich heimlich trafen, die Köpfe zusammensteckten und über ihrem Bier schlürfend, immerwieder irgendwelche Pläne und subversive Gedanken austauschend. Ein Schauplatz nächtlicher Scenen der Verschwörung war der "Dustere Keller" oft schon für die ersten Freiheitskämpfer 1810 gewesen, und zu den Zeiten Friedrichs II suchte so mancher Deserteur vor dem Spießrutenlaufen und vor den Gewehren des Militärs Schutz im Dusteren Keller. Das war eine tiefe Schlucht mit dichtem Unterholz und Dämmerlicht. Zwecks Bebauung zugeschüttet, ist nur eine kaum merkliche Senke im Straßenplaster zurückgeblieben. An der Arndstraße/Ecke Nostizstraße, wo sich bis vor kurzem daß Schlemihl befand. Der letzte Abschnitt an diesem historischen Ort, begann mit der Gründung des ersten Schlemihl-Kollektives 1976. 12 Jahre eines bunten und bewegten Lebens, innerhalb und um diese Szenenkneipe sind schon fast buchfüllend. Der Zeitgeist setzte sich auch hier fort, von aufrührerischen und fäusteschwingenden Zusammenrottungen, bis hin zu gelähmten besinnungslosen Besäufnissen. Vielleicht änderte sich in den vergangenen Jahren ab und

an der Outfitt aber nie das das sich wie ein roter Faden durchziehende Bewußtsein dieser Kneipe. In der letzten Phase war es immer noch die Kiezkneipe, in der sich hauptsächlich die Punks und die schillernden Ausgeflippten ihr Bier vom Tresen holten, und der traditionelle Joint macht bis zum Schluß die Runde. Dieses Gesocks, und nonkonformen Gestalten aber paßten nicht mehr in den gesäuberten Kiez und die GEWOBAG machte sich den auslaufenden Mietvertrag der Kneipenräume zu Nutzen, indem sie trotz all unserer Versuche, den Mietvertrag nicht mehr verlängerte. Der Vertrag wurde sogar noch auf den letzten Metern vorzeitig fristlos gekündigt auf Grund ruhestörenden Lärms, zum 31.5.88. Die Fronten zwischen Kneipe und Teilen der Anwohnern und Mietern des Hauses und Umgebung hatten sich so verhärtet, daß es keine Aussprachsmöglichkeiten mehr gab. Mit Bedrohungen und kleinen Sabotageakten vesuchte man uns zu demoralisieren. Die Kneipe war eben vielen Kleinbürgern hier ein Dorn im Auge, bzw. ein schwarz/roter Fleck. Dies nahm man auch zum Anlaß am 28.5., also am Tage unserer Abschlußfete noch vor dem Fest die Kneipe nach bürgerwehrähnlicher Methode kurz und klein zu schlagen.
Der Freiraum "Schlemihl" des sog. Hinterlandes viel 2 Umständen zum Opfer, zum einen dem Säuberungswahn der GEWOBAG, die bestimmende Beseitzerin des halben Kiezes in Kreuzberg 61 ist, und deren Angestellte sich dreist und hemmungslos ihre neonazistische Begeisterung und Zugehörigkeit herraushängen lassen. Der GEWOBAG ist es mit ihrer Sanierungspolitik im Laufe der letzten Jahre gelungen, den Kiez in einen sterilen, gutbürgerlichen, grauen und einheitlichen sauberen Stadtteil umzustruckturieren. Und diejenigen, die nicht in das Bild passen, das tagtäglich den sich durch die Straßen am Chamissoplatz in Massen durchquälenden Touribusse präsentiert wird, der muß verschwinden. Zu viel buntes Leben, zu viel Menschliches schadet dem Grauschleier auf den BZ-Augen und erzeugt Haß im Kleinbürgerhirn. Wie sich zeigte, ging es offensichtlich der kleingeistigen Nachbarschaft nicht nur um die Lärmbelestigung sondern es war Haß auf unsere Lebensform, was sich deutlich in der Zerstörungswut zeigte, mit der die Kneipe zerschlagen wurde. Wäre es ihnen nur um des Lärmes wegen gegangen, man hätte ja am letzten Tag aufatmen können. Die Szenen die sich dann am gleichen Tag noch vor der Kneipe abspielten, hätten auch Faßbinders Film "Jagdszenen" entstammen können. Der kleine deutsche faschistische Geist in der Proliuniform, nur haßerfüllte Worte, wie " euch knallen wir alle noch ab" usw. vollendeten das Bild der verwüsteten Kneipe.
Es ist ihnen vielleicht gelungen, uns finanziell wieder zurückzuwerfen, denn wir hatten es gerade so geschafft, all die auf der Kneipe noch lastenden Schulden abzuzahlen. Und jetzt stehen wir erstmal wieder vor einem Scherbenhaufen von ca. 25.000 DM Schaden. Aber unser Widerstand und unsere Wut haben wir nicht verloren, ganz im Gegenteil, jetzt erst recht blasen wir mit Lautstärke, mit Rockmusik und Straßencircus und mit Tanz auf dem Pulverfaß gegen diese Kleinkarriertheit, dieses Angepaßtsein und Stillhalten in diesem System dieses Staates, der schon immer sein Volk zum Buckeln zu erziehen verstand, und veranstalten ein großes Benefitfest am 5.7.88 im Zirkuszelt von Bethanien. kommt alle!

TEK - Jugendladen

Die TEK ist eins von 13 senatsgeförderten "Sonderprojekten" in Kreuzberg, Moabit und Wedding. Der Verein Till Eulenspiegel Kette e.V. unterhält eine Kinder-, Schüler- und Jugendgruppe für sog. sozial benachteiligte Eltern, Kinder u. Jugendliche. In jeder Gruppe arbeiten ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen.

Die Jugendgruppe befindet sich in einem Laden in der Oranienstraße 36 in Kreuzberg. Der Jugendladen richtet sich speziell an die große Szene der Punks und stellt seit Jahren das einzige gesellschaftliche Angebot dieser Art in Westberlin dar. Neben Dusche, Kochgelegenheit, Bastelwerkstatt, Nähmaschine, Beratung, Sprachkurs, Siebdruckanlage, Informations- und Konzertveranstaltungen, Ferienreise etc. gehören zwei bis drei Kneipenabende (wie die Discoabende in Jugendfreizeitheimen) zur Konzeption. An diesen Abenden wird (bei dieser Zielgruppe ganz klar) Flaschenbier ausgegeben, u.a. um Schnaps und andere harte Drogen vom Laden fernzuhalten.

Für diese offenen Abende mußten wir im Oktober 1986 eine Schankerlaubnis beantragen, die bis heute nicht erteilt worden ist. Nachdem die größte Hürde - die Stellungnahme der Bauaufsicht - nach langem Hin und Her, immer neuen Auflagen, kostspieligen Einbauten und einigen Abnahmeterminen bereits im März d.J. genommen wurde, fallen den zuständigen Ämtern immer wieder neue Dienstwege, Vorschriften und Anforderungen ein. Wir können nicht einschätzen, ob wir formal korrekt wie jeder andere Antragsteller behandelt werden, oder ob ein Grund gesucht wird, uns die Schankerlaubnis zu verweigern, damit jugendliche "Eiterbeulen", die unseren Laden besuchen, leichter ausgequetscht werden können und das modernisierte Kreuzberger Stadtbild nicht weiter verschandeln.

Ohne die Schankerlaubnis können wir die offenen Abende nicht mehr legal durchführen und es ist zu befürchten, daß der TEK-Jugendladen dann nicht mehr so viele Jugendliche ansprechen kann, wie es nötig wäre, um weiterhin erfolgreich arbeiten zu können.

Hinzu kommt, daß der gesamte Verein Till Eulenspiegel-Kette - genauso wie die anderen 12 Sonderprojekte in Berlin - seit ca. einem Jahr auf formal-organisatorischer und finanzieller Ebene hart vom Senat bedrängt wird. Das Ziel könnte sein, die konzeptionell relativ eigenständigen und fortschrittlichen Projekte inhaltlich & formal den "normalen" bezirklichen Einrichtungen anzupassen, um sie besser kontrollieren und disziplinieren zu können, bzw. um deren Verwaltung von "oben" zu vereinfachen.

PINK PANTHER

Das Pink Panther ist eine ganz normale Kneipe am Lausitzer Platz in SO 36. Sie eröffnete im März 87. Freitag und Samstag Nacht kommen in diese Kneipe auch eine ganze Menge Punks. Auf Grund einiger Anzeigen eines einzelnen Mieters vom November ! 87 wurde dem Pink Panther die jährlich neu zu stellende Genehmigung für das Herausstellen von Stühlen und Tischen verweigert. was natürlich im Sommer einen großen Verlust bedeutet. Mal abgesehen davon. daß es auch ne Menge Spaß macht im Sommer draußen zu sitzen. wo doch unsere Weltstadtregierung immer mit ihren Boulevards und Vergnügungsvierteln prahlt. Bezeichnend ist nur, daß in der Ablehnung vom Bezirksamt ein Absatz steht. in dem die Genehmigung auch verweigert werden kann. wenn " dadurch das Stadtbild negativ beeinträchtigt werden kann ". Moderne Frisuren und individuelle Kleidung passen also nicht mehr ins neoklassizistisch renovierte hübsch begrünte Potiemkinsche Dorf SO 36. daß nur noch als Foto - motiv für die Prunkbauten und Profilierungsobjekte unserer Architektn und Städteplaner dienen soll.
Da die Konzession für das Aufstellen von Tischen und Stühlen vor der Kneipe eine Existenzfrage ist. sieht das Pink Panther Kollektiv nun wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegen. Vom Pink Panther wurde angeboten. die Konzession bis 20 h zu erteilen. was aber ebenfalls abgelehnt wurde. In der Zeit bis 20 h kann sich kein Bewohner des Lausitzer Platzes über irgendwelchen Pink Panther Lärm beschweren. da der gesamte Platz tagsüber von Sonnenhungrigen sowie von Kindern bevölkert ist. die ihre Lebensfreude auch akustisch zum Ausdruck bringen. Warum also die Verweigerung der Konzession ? Regelmäßige Polizeikontrollen kontrollieren. ob Gäste Getränke mit nach draußen nehmen. In diesem Falle drohen neue Geldbußen. (letzte Geldbuße 4000 DM) sowie die Entziehung der Konzession für den gesamten Betrieb. was auch im Sinne der Polizei ist. die dies unmißverständlich erklärt.
Wir fordern sofortige Erteilung der Erlaubnis zum Herausstellen von Tischen und Stühlen.

BLOCKSHOCK

Das Blockshock ist ein Musikclub, der sich in der Mariannenstr. 48 im HH in SO 36 befand. Um die Kapitalinteressen von Stattbau und einiger Mitglieder der Genossenschaft Luisenstadt zu wahren, wurde das Blockshock im März 87 mit Hilfe von Gewerbeamt, Bauamt und weiteren Behörden, die uns Stattbau auf den Hals hetzte, vertrieben, weiterhin wurde großzügige Hilfe bei der Suche neuer Räume von I.B.A. und EK versprochen, nach unserer Räumung wollte niemand mehr etwas davon wissen. S.T.E.R.N., A.G. Kreuzberg, CDU, SPD, AL, EK und Stattbau verhinderten gemeinschaftlich, daß 16 freie Räume, die wir selbst innerhalb von neun Monaten gesucht hatten, an uns vermietet wurden. Schließlich fanden wir in 61 einen netten Vermieter, der bereit war, an uns zu vermieten. Wir liehen uns privat 140000 DM, bauten den Raum in sieben Wochen allen behördlichen Anforderungen entsprechend um, stellten die Anträge auf eine Konzession, und eröffneten. Seitdem werden unsere Anträge nicht bearbeitet, sondern permanent Verfahren wegen unerlaubten Verabfolgens von Getränken angestrengt, sowie hohe Geldbußen verhängt. Dreimal pro Abend erfolgen Routinekontrollen von Kobs, Gewerbe und Zivilpolizei. Sollte Getränkeausschank festgestellt werden, erfolgt die Zwangsversiegelung innerhalb von drei Tagen. Die verschiedenen Behörden fangen erst an die Anträge zu bearbeiten, wenn eine Anerkennung als kulturelle Einrichtung vorliegt, die uns ohne Begründung vom Bezirksamt Kreuzberg und dem Amt für Bau und Wohnungswesen verweigert wird, obwohl sogar eine unserer Veranstaltungen im E 88

Führer Ausgabe Mai angekündigt war. Bis darüber Gerichte entschieden haben, können Monate vergehen, so daß wir zwangsläufig sowieso in zwei Monaten Konkurs anmelden müssen, da wir ohne Getränkeausschank unsere Konzerte nicht finanzieren können. Das Konzertgewerbe kann uns erst untersagt werden, wenn drei Verfahren wegen Ruhestörung abgeschlossen sind. Deswegen hat Bezirksbürgermeister Krüger die Mieter der Körtestraße um Mithilfe aufgefordert, so daß sie jetzt dreimal pro Abend Anzeigen gegen uns stellen, obwohl der Zugang Körtestraße ab 22 h abgeschlossen, und die Musik in ihren Räumen nicht zu hören ist. Die Mieter der Hasenheide dagegen nervt nur der gesamte Publikumsverkehr des Veranstaltungskomplexes: unser Vermieter hat sich aber bereit erklärt, den ersten Hof zur Hasenheide zu überdachen. Ausschlaggebend für die ganze Hetz- und Diffamierungskampagne ist die Tatsache, daß wir etwa dreimal in zwei Monaten Punkkonzerte veranstalten, weil Punk eben auch zum Spektrum moderner Musik gehört. Wir lassen uns von zurückgebliebenen halbtoten Verwaltungsangestellten und Politikern nicht vorschreiben, was Kunst und Musik ist. Wir fordern die sofortige Anerkennung als kulturelle Einrichtung und die vorgezogene sofortige Bearbeitung unserer Konzession von allen zuständigen Behörden.

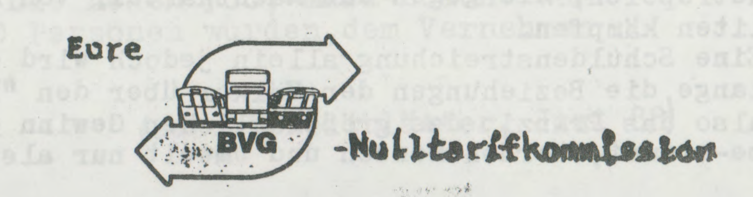
Am 27.6 haben wir auf 11 U-Bahnhöfen die Fahrkartenautomaten Stempeluhren und Verkaufsstände außer Betrieb gesetzt und damit für kurze Zeit den für alle preisgünstigen Nulltarif eingeführt.

Seitenlange Erklärungen sind nicht nötig. Es ist offensichtlich, daß der Senat die Blechlawinen unterstützt, daß er trotz jahrelangem anhaltenden Widerstand der Bevölkerung an der Westtangente festhält.

Was wir wollen ist: Keine BVG, die genauso wie die gesamten Lebenshaltungskosten immer teurer wird, und uns zwingt, noch mehr zu arbeiten und uns noch mehr ausbeuten zu lassen. Mit unserer Aktion haben wir gezeigt, daß die BVG von allen ohne Fahrschein benutzt werden kann, wie das schon viele durch tägliches Schwarzfahren praktizieren. Und wenn noch mehr BVG-BenutzerInnen beschließen, daß diese Verkehrspolitik des Senats keinen Pfennig mehr wert ist und z.B. tausende von gefälschten Fahrscheinen im Umlauf sind, massenhaft schwarz gefahren und sabotiert wird, haben wir uns an einer Stelle gegen das gewehrt, was uns die Herrschenden aufgedrückt haben.

Um so etwas zu erreichen, müssen wir uns, vor allen in unseren alltäglichen Widerstand, organisieren. Anfänge, wie unsere Aktion zur kurzfristigen Aneignung der BVG, sind überhaupt nicht schwer. Der Phantasie sind dabei mal keine Grenzen gesetzt.

Eure



-Nulltarifkommission

POTSDAMER ERKLÄRUNG ZUR IWF/WELTBANKJAHRESTAGUNG 1988

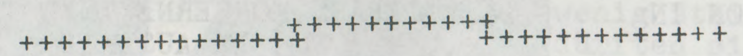
Im September 1988 wird die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Aus diesem Anlaß tagte vom 3. bis 5.Juni 88 in Potsdam ein DDR-weites Seminar, auf dem wir Probleme der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung diskutierten.
Dabei wurde hervorgehoben, daß die Schulden der "Dritten Welt" sich derzeit auf mehr als eine Billion US-Dollar belaufen. Es steht fest, daß diese Schulden trotz überwiegend positiver Handelsbilanz nicht rückzahlbar sind und überdies die Exporterlöse nicht einmal für die Zinszahlungen ausreichen. Aber gerade diese ungeheure Zinslast ist es, die jene Länder heute in ständiger Abhängigkeit hält und immer größere Teile ihrer Bevölkerung in wachsende Armut drängt. Eine entscheidende Ursache dafür liegt, wie Erich Honecker im März gegenüber der mexikanischen Tageszeitung "Exelsior" unterstrich,
"in der untergeordneten, ungleichen Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft von heute, in der neokolonialistischen Ausbeutung durch transnationale Monopole".
Das Krisenmanagment von IWF, Weltbank und der Finanzexperten des von ihnen berufenen "Pariser Club" mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldenländer festigt diese Abhängigkeit und verschärft die Krise.
Der IWF und die Weltbank sind Instrumente des Internationalen Finanzkapitals, Mittel zur Aufrechterhaltung der mörderischen Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Folgen sind bekannt: hunderte Millionen Hungertote, soziale und ökologische Verwüstung nie gekannten Ausmaßes und die sich aus all dem ergehenden ins Unermeßliche gehenden Flüchtlingsströme.
Die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien verdeutlichen, daß auch realsozialistische Länder durch ihre unbewältigten wirtschaftlichen Probleme in den Sog von Entwicklungen auf dem internationalen Kapital- und Geldmarkt geraten. Der direkte und indirekte Druck von IWF, Weltbank und großer Privatbanken ruft auch in solchen Ländern bevölkerungsfeindliche Maßnahmen auf den Plan. Die mit der Kreditvergabe verbundenen Empfehlungen oder Auflagen gegenüber diesen Ländern sind im Kern dieselben wie die IWF-Diktate gegenüber verschuldeten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wie z.B. Verbesserung der Investitionsbedingungen insbesondere für das ausländische Privatkapital, drastische Einschränkungen im Sozialbereich und der Abbau von Subventionen, unter anderem für Grundnahrungsmittel. Die Folgen sind Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit, Lohnstop, welche heute große Teile der Bevölkerung vieler betroffener Länder unter das Existenzminimum gedrückt haben.
Wir sind davon überzeugt, daß jetzt mehr denn je alle progressiven und demokratischen Kräfte gemeinsam in die Verantwortung gerufen sind.
Wir unterstützen deshalb die "Fuldaer-Erklärung" zur IWF/Weltbank-Kampagne 1988, die auf dem 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) vom 28. bis 31.Mai 87 verabschiedet wurde. Wir unterstützen insbesondere die in dieser Erklärung erwähnte "Forderung nach Streichung der Schulden", die von der betroffenen Bevölkerung in der "Dritten Welt" erhoben wird. Die Bildung eines Schuldenkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagenpolitik verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.
Doch wird dies nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der "Dritten Welt" und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.
Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den "freien Weltmarkt" geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinn das politische und ökonomische Handeln be-stimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange

kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.
Deshalb fordern wir von der Regierung der DDR, daß sie sich auf die Maxime internationaler Solidarität aus sozialistischer Verantwortung besinnt und die Praktiken dieser Mordmaschine anprangert. Wir erwarten, daß den Teilnehmern der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 1988 keine Unterstützung gewährt wird. Denn wir gehen davon aus, daß die Organisatoren dieser Jahrestagung die zuständigen Behörden der DDR um die Bereitstellung diverser Hotelplätze und Fuhrparks einschließlich des erforderlichen Sicherheitsaufwands ersucht haben.
Wir fordern alle politischen Verantwortlichen, alle gesellschaftlichen Kräfte und die Kirche in der DDR auf, sich mit dem durch die rücksichtslosen Maßnahmen, u.a. von IWF und Weltbank in Armut gestürzten Teil der Weltbevölkerung zu solidarisieren. Wir rufen die genannten Kräfte dazu auf, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um mit ihren spezifischen Mitteln alle Menschen in der DDR zu informieren und zu aktivieren sowie eine Aktionswoche vom 23. bis 30. September 1988 zu gestalten.

Potsdam, den 5. Juni 1988

Die Teilnehmer des Seminars

(aus: Friedrichsfelder Feuermelder, Juni 88)





Roter Hahn in Magdeburg?

(s.a. INTERIM ?)

Gerüchteweise wurde in diesen Tagen bekannt, daß Anfang April im Bezirk Magdeburg eine Reihe von Anschlägen stattfand. Nach einer Sabotage an einem Transformator sollen sich ganze Stadtteile Magdeburgs im Dunklen befunden haben. Ein Kohlenplatz wurde in Brand gesetzt, und schließlich wurden mehrere Magdeburger Deutrans-Ferntransporter mit Hilfe von Strohballen abgefackelt. In Quedlinburg dagegen brannte eine Schule ab. In der Bevölkerung heißt es, der "rote Hahn" sei unterwegs. Die Behörden sind da anderer Meinung. Schon seit 3 Jahren treibe eine Bande von Saboteuren – etwa 180 Personen – ihr Unwesen. Letztes Jahr hätten ihre Anschläge im Bezirk Erfurt stattgefunden.

Nicht das Werk von Saboteuren, sondern orginale Bevölkerungswut soll dagegen die Zerstörung einer Schuhvitrine im Magdeburger Centrum Warenhaus gewesen sein. Die neuen 300,-Mark-Schuhe waren dort gerade eingetroffen. 10 Personen wurden, dem Vernehmen nach, vorübergehend festgenommen.

(aus: Umweltblätter, Juni 88)



WENIGER DIREKTINVESTITION IN INDUSTRIELÄNDERN

Die BRD Direktinvestition im Ausland sind nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums auch 1987 wieder stärker gestiegen als ausländische in der BRD.
Ein starker Rückgang war einer Statistik des Ministeriums zufolge bei den Direktinvestitionen in den Industrieländern - vor allem in der EG und in den USA - zu verzeichnen, die um insgesamt 27,2% auf 11,4 Milliarden DM absanken. In den Entwicklungsländern steckten BRD Konzerne dagegen 87,5% mehr, insgesamt 1,3 Millarden, in Tochterunternehmen, Betreibsstätten, Beteiligungen oder Immobilien. Die Nettotransferleistungen ins Ausland (Neuanlagen abzüglich der Rückflüsse) gingen alles in allem um 22,3% auf rund 12,8 Millarden zurück.
Der Nettotransfer auländischer Direktinvestition in der BRD belief sich dagegen auf nur 2 Millionen DM (1986: 2,3 Millarden), da Neuanlagen und Rückflüsse mit jeweils rund 7,6 Millarden DM annähernd gleich ausgefallen seien. Auch hier seien die Transferleistungen mit der EG und den USA bestimmend. Die geringer gewordenen Neuanlagen aus der EG seien immer noch größer gewesen als die Rückflüsse; bei den Transfers mit den USA hätten jedoch bereits im zweiten Jahr die Rückflüsse überwogen.

JAPANS KONZERNE INVESTIEREN KRÄFTIG IM AUSLAND

Die Direktinvestition japanischer Konzerne im Ausland haben wieder kräftig zugenommen. Vor allem der hohe Yen-Kurs und reichlich vorhandenes Kapital für Auslandsinvestitionen hätten dies begünstigt.
In den 12 Monaten zum 31. März 1988 haben japanische Konzerne mit 33,36 Millarden Dollar 49,5% mehr im Ausland investiert als in der Vorjahrsperiode mit 22,32 Milliarden. Bereits 1986/1987 war die Summe um 82,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.
Dagegen waren die Direktinvestitionen ausländischer Firmen in Japan mit 2,21 Milliarden Dollar vergleichsweise niedrig, wenn auch hier eine deutliche Steigerung (Vorjahr 940 Millionen Dollar) erkennbar war.
In den USA hätten die Japaner 14,70 (10,17) Milliarden Dollar investiert. In Europa waren es 6,58 (3,47) Milliarden, meist bei Finanz- und Versicherungsfirmen.

JAPAN INVESTIERT KRÄFTIG IN ENTWICKLUNGSHILFE

Japan wird seine Entwicklungshilfe im Verlauf der nächsten 5 Jahre auf mehr als 50 Milliarden Dollar (rund 85 Milliarden DM) verdoppeln. In den vergangenen 5 Jahren waren rund 25 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe aufgewendet worden. Damit übertrifft Japan die Leistungen der USA in diesem Bereich (9,6 Milliarden Dollar im Jahr).

KUWAITS AUSLANDSINVESTITION BEI 100 MILLARDEN DOLLAR

Die Summe der von dem arabischen Ölschiechtum Kuwait im Ausland angelegten Petrodollars belief sich 1987 auf rund 95 Milliarden Dollar (etwa 165 Milliarden DM). Die Erträge aus Auslandsinvestitionen machten 60% der im Ölsektor ausgewiesenen Einkünfte aus. Die Einkünfte aus dem Ölgeschäft beliefen sich in dem am 30. Juni zu Ende gehenden Finanzjahr auf 6,11 Milliarden Dollar, das entspricht 86% des Nationaleinkommens.
35% der kuwaitischen Auslandsinvestitionen befinden sich in den USA, der Rest verteilt sich auf eine Reihe europäischer und südostasiatischer Länder.

WENIGER INDUSTRIEINVESTITION IN DER BRD

Die Industrieunternehmen in der BRD haben 1987 rund 72 Millarden DM in Bauten und Ausrüstungen investiert, preisbereinigt 4% weniger als im Jahr zuvor. Die Verlangsamung des Investitionstempos gegenüber den beiden Vorjahren, in denen jeweils zweistellige Zuwachsraten erreicht worden seien, gehe zu einem erheblichen Teil auf die vorsichtigeren Dispositionen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes zurück. Auch im laufenden Jahr werde die Industrie nach dne jetzt verfügbaren Plänen ihre Investitionen nur wenig steigern. Mit real etwa 3% dürften sich die Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe kaum stärker erhöhen als im Durchschnitt aller Wirtschaftszweige. Vorrangiges Investitionsmotiv sei erstmals seit 1985 wieder die Rationalisierung, während das Erweiterungsziel weiter an Gewicht verloren habe. Auch in der Bauwirtschaft hat sich das Investitionswachstum abgeschwächt.

SIEMENS SOLL IN KUWAIT 3 AKWs BAUEN

DIE SIEMENS AG SOLL IN KUWAIT 3 AKW's bauen. Wie am Mittwoch offiziell in Kuwait mitgeteilt wurde, hat der Münchner Konzern den Zuschlag vor zahlreichen westlichen und asiatischen Konkurrenten erhalten. Die AKW's, die umgerechnet rund 1oo Mio. DM kosten werden, sollen innerhalb von 24 Monaten fertiggestellt werden.



SÜDKOREA BAUT ÜBERSCHUß IM HANDEL MIT DER EG AUS

Südkorea hat seinen Überschuß im Handel mit der EG deutlich ausbauen können, während der Mehrbetrag im Handel mit den USA und das Defizit im Handel mit Japan abnahmen. Von Januar bis Mai erhöhte sich der Handelsüberschuß mit der EG auf 83oMio. Dollar, das sind 45Mio. Dollar mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Handel mit den USA ging der Überschuß den Angaben zufolge innerhalb der ersten 5 Monate 88 um 49o Mio. Dollar auf 3,16 Milliarden Dollar zurück. Das Defizit im Handel mit Japan ermäßigte sich um 667Mio. Dollar auf 1,72 Milliarden Dollar. Insgesamt erhöhte sich der Handelsbilanzüberschuß Südkoreas im Berichtszeitraum von 2,o2 Milliarden auf 2,28 Milliarden Dollar.

BRITISCHES HANDELSDEFIZIT AUF REKORDSTAND

Das Defizit in der britischen Handelsbilanz hat sich im Mai um 39% auf den Rekordstand von 1,7o5 Milliarden Pfund erhöht, wie das Ministerium für Handel und Industrie am 27.6.88 mitteilte. Experten hatten einen Fehlbetrag zwischen 9oo Mio. und 1,2Mrd. Pfund erwartet. Im April war ein saisonal bereinigtes Defizit von 1,23Mrd. Pfund ausgewiesen wörden. Das Leistungsbilanzdefizit stieg im Berichtsmonat auf 1,2o5Mrd. Pfund, ebenfalls ein Rekordstand.

GENERAL MOTORS UND FORD AN DER SPITZE DER US-EXPORTEURE

-schwächerer Dollar verhalf zu Rekordabsatz-

Der schwächere Dollar hat der amerikanischen Exportindustrie 87 Rekordumsätze beschert und damit auch einen Beitrag zum Abbau des Handelsdefizits geleistet. In einer zusammengestellten Liste der 50 führenden Exportunternehmen der USA stehen die Automobilgiganten General Motors und Ford und der Flugzeughersteller Boing an der Spitze. Die Ausfuhren der "Top 50" erhöhten sich den Angaben zufolge um 8% auf nahezu 80Milliareden Dollar, während die US-Exporte insgesamt um 11% auf 253 Milliarden Dollar anstiegen. Das ist der höchste Anstieg innerhalb eines Jahres, der in diesem Jahrzehnt verzeichnet wurde. Diese Exporterfolgssträhne hält auch 1988 an. Im März sei mit einem Volumen von 29Milliarden Dollar der bislang größte monatliche Zuwachs erzielt worden. Am meisten gefragt waren Autoteile, Elektronikbauteile, Computer, Chemikalien und andere Industrieerzeugnisse, die rund 80% der Ausfuhren ausmachten. Der Autokonzern General Motors führt die Liste der führenden Exportfirmen bereits zum 6x hintereinander an. Seine Ausfuhren wurden mit 8,73 Milliarden Dollar angegeben. Ford konnte im Berichtsjahr Boing vom 2. Platz verdrängen.

IBM KONNTE FÜHRENDE POSITION AUF DEM COMPUTERMARKT BEHAUPTEN

-Siemens rückte auf Platz 7vor-

Der amerikanische Büromaschinengigant IBM konnte 1987 seine führende Position auf dem Computermarkt behaupten, und der dt. Hersteller Siemens rückte in der Weltrangliste von Platz 8 auf Platz 7 vor, der im Vorjahr von dem US-Hersteller Hewlett-Packard gehalten worden war. Das geht aus einer Übersicht ineiner Fachzeitschrift hervor.

Die 10führenden Hersteller von Datenverarbeitungssystemen 1987 nach Umsatz(Vorjahresposition in Klammern):

1.(1) IBM, Armonk/New York, 50,5 Mrd.Dollar
2.(3) Digital Equipment Corp., Maynard/Massachusetts 10,4 Mrd.Dollar
3.(2) Unisys Corp., Detroit/Michigan, 8,742 Mrd.Dollar
4.(4) Fujitsu Ltd., Tokio 8,740 Mrd.Dollar
5.(5) NEC Corp., Tokio 8,23 Mrd.Dollar
6.(6) Hitachi Ltd., Tokio, 6,27 Mrd Dollar
7.(8) Siemens AG, München, 5,70Mrd.Dollar
8.(9) NCR Corp., Dayton/ohio 5,08 Mrd.Dollar
9.(7) Hewlett-Packard, Palo Alto/Kalifornien 5,00 Mrd.Dollar
10.(10) Ing.C.Olivetti&Co., Ivrea/Italien, 4,64 Mrd.Dollar

VEBA ÖL BETEILIGT SICH AN JOINT VENTURE IN VENEZUELA

Der venezolanische Staatsbetrieb Pequiven und das dt. Raffinerieunternehmen VEBA-Öl wollen gemeinsam eine petrochemische Fabrik in Venezuela errichten, wie aus einer am 28. Juni in Caracas veröffentlichten Erklärung hervorgeht. Pequiven und VEBA-Öl AG werden den Angaben zufolge je 49% der Aktien des Gemeinschaftsunternehmens halten, das den Namen Petropropano de Venezuela S.A. tragen soll. Die übrigen Anteile sollen auf dem venzolanischen Kapitalmarkt untergebracht werden. Die Baukosten der Anlage, die für eine Jahresproduktion von 250000 Tonnen Propylen und Polypropylen ausgelegt werden soll, sind auf umgerechnet rd. 500 Mio.DM veranschlagt.

VOLVO ERWIRBT 20% DES AUTOVERLEIHERS HERTZ

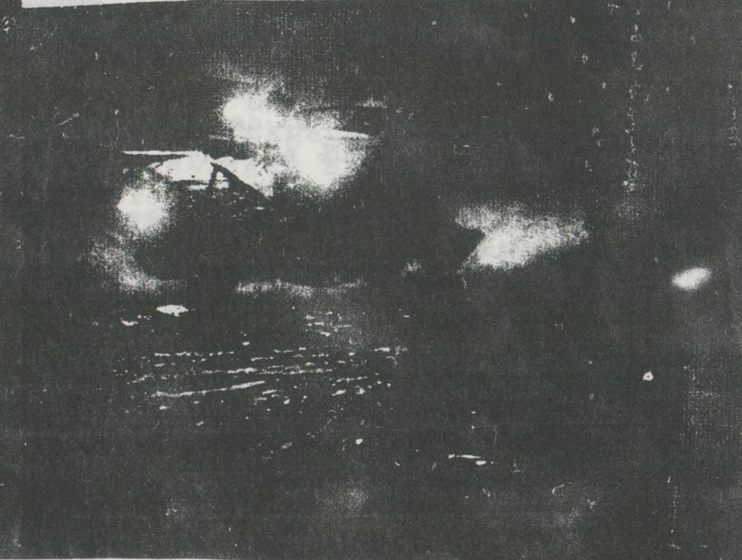
Die amerikanische Niederlassung des schwedischen Autoherstellers Volvo hat am 22. Juni von ihrem Konkurrenten Ford einen 20% Anteil an der Autoverleihfirma Hertz, dem weltweit größten Unternehmen dieser Branche, erworben. Volvo North America zahlte dafür den Angaben zufolge 100 Millionen Dollar (176 Millionen DM).
Ford hält nunmehr noch 60% der Aktien von Park Ridge, der Muttergesellschaft von Hertz. Hertz verfügt weltweit über eine Flotte von 400.000 Leihwagen.

NISSAN GRÜNDET ANTI-GEWERKSCHAFT IN DEN USA

Arbeiter der US-Niederlassung des japanischen Autoherstellers Nissan haben eine Anti-Gewerkschaftsgruppe gebildet. Wie ihre Initiatoren am 23. Juni in Smyrna im US-Staat Tenessee mitteilten, bildeten die Nissan-Arbeiter einen Betriebsausschuß zur Abwehr von Mitgliedwerbeaktionen der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft.

VW SCHAFFT IN WOLFSBURG 770 ARBEITSPLÄTZE AB

Im Hauptwerk Wolfsburg der Volkswagen AG fallen in den kommenden 3 Jahren mindestens 770 Arbeitsplätze weg. Wie VW am 28. Juni mitteilte, sollten damit die Kosten gesenkt. Insgesamt wurden von der Umstrukturierung rund 1.450 Arbeitsplätze betroffen. Für rund 680 Arbeiter gebe es aber in anderen Fertigungsbereichen des Werkes Wolfsburg Personalbedarf. Für die 770 Arbeiter, die nicht weiterbeschäftigt werden, soll es "sozialverträgliche Lösungen" geben.



Die Gründung des Auschusses wurde beschlossen nachdem der Vorsitzende der Gewerkschaft anläßlich eines Besuches die Mitgliedwerbekampagne angekündigt hatte. In dem Nissan-Werk in Smyrna, in dem Pkw und Lkw hergestellt werden, sind 2.400 arbeiter beschäftigt.

Opel konnte den Verlustvortrag kräftig verringern

Marktanteil auf 15,6 Prozent erhöht — Demonstration aus Sorge um Arbeitsplätze

Die Bilanzpressekonferenz der Adam Opel AG, Rüsselsheim, wurde von einer Demonstration von 2000 Opel-Arbeitern begleitet, die gegen einen geplanten Abbau von 5000 bis 9000 Arbeitsplätzen in allen Opel-Werken demonstrierten. Der Opel-Vorstand bestätigte, daß bis Ende 1991 Kosteneinsparungen von insgesamt 1 Mrd. DM vorgesehen sind. Durch die Verlagerung von eigener Fertigung auf fremde Produktionen sollen bis 1991 etwa 2700 Arbeitsplätze eingespart werden, wovon 1400 auf die Werke in Rüsselsheim, 980 in Bochum und 330 auf Kaiserslautern entfallen.

Wegen dieser Maßnahmen zur Verbesserung der Kostenstruktur brauche niemand besorgt zu sein, seine Beschäftigung zu verlieren, versuchte der Vorstandsvorsitzende, Dr. Horst Herke, die Arbeiter zu beruhigen. Es sollen lediglich freiwerdende Arbeitsplätze nicht mehr neu besetzt werden. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden bereits 1750 Arbeitsplätze bei Opel aufgegeben, so daß die Beschäftigung auf 53 000 Mitarbeiter abnahm, obwohl gleichzeitig die Produktion um 3,5 Prozent auf 511 395 Fahrzeuge und der Umsatz sogar um 9 Prozent auf 9,5 Mrd. DM zunahmen.

Trotz aller Absatzerfolge führe kein Weg an den Kosteneinsparungen vorbei, sagte Herke. Bei einer Gesamtproduktion von 922 000 Fahrzeugen, die auch in diesem Jahr angestrebt wird, und einem um fast ein Sechstel auf 17,2 Mrd. DM gewachsenen Umsatz hat Opel im letzten Jahr nur eine Umsatzrendite von 1,2 Prozent erwirtschaftet. Das wird als zuwenig angesehen. Dennoch hat Opel in der Ertragsentwicklung die Trendwende geschafft und für 1987 einen Gewinn von 479 Mill. DM erwirtschaftet, dem 1986 noch ein Verlust von 142 Mill. DM voranging. Durch den Gewinn konnte der bis Ende 1986 aufgelaufene Verlustvortrag von fast 1 Mrd. DM um etwa die Hälfte abgebaut werden. Er soll bis Ende dieses Jahres voll getilgt werden, so daß erst für 1989 wieder eine Dividendenzahlung an die Mutter General Motors in Aussicht steht.

Mit 454 000 Neuzulassungen erzielte Opel das beste Absatzergebnis seit 1979 und konnte seinen Marktanteil auf 15,6 Prozent verbessern. Auch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres schnitt Opel mit einem um weitere 3,5 Prozent auf 531 366 Fahrzeuge gestiegenen Absatz besser als der gesamte Automobilmarkt ab. In Europa kamen im letzten Jahr über 1,3 Millionen Opel-/Vauxhall-Wagen auf die Straßen. In der ersten Hälfte dieses Jahres waren es über 600 000 Einheiten. Die Rekordinvestitionen von rund 7 Mrd. DM von 1984 bis 1988 zur Rationalisierung der Produktion und zur Entwicklung neuer Modelle haben sich bezahlt gemacht. In diesem Jahr sollen 850 Mill. DM investiert werden.



DER RAUM WIRD GEORDNET

Die Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen in der gesamten Bundesrepublik und die Überwindung von Strukturproblemen in einzelnen Regionen soll in der Raumordnungspolitik von Bund und Ländern künftig im Mittelpunkt stehen. Eine entsprechende Novelle des Raumordnungsgesetzes verabschiedete das Kabinett am Mittwoch in Bonn.
Bundesbauminister Schneider wies darauf hin, daß das geltende Gesetz noch von der Vorstellung ausgehe, der ländliche Raum werde allein von der Landwirtschaft bestimmt. In der künftigen Raumordnungspolitik solle eine weniger produktionsorientierte Landwirtschaft sowie anderweitige und ökologisch verträgliche Nutzungsarten bisheriger Anbauflächen einbezogen werden.

"UNPRODUKTIVE" FLÄCHEN WERDEN STILLGELEGT

Mit dem zum 1. Juli in der BRD in Kraft tretenden Flächenstillegungsprogramm können nach Berechnungen des Wirtschaftsministeriums rund 250.000 Hektar Ackerflache brachgelegt werden. Im Rahmen der auf fünf Jahre befristeten Maßnahme erhält ein Landwirt, der freiwillig mindesten 20% seiner Ackerfläche brachliegen oder begrünen läßt, aufforstet oder für Zwecke der Natur- und Landschaftspflege zur Verfügung stellt, eine Prämie je nach Bodenqualität zwischen 700 und 1.400 Mark je Hektar. Das Landwirtschaftsministerium schätzt, daß im Laufe von etwa drei Jahren bis zu 40.000 Bauern von dem Angebot Gebrauch machen und ihren Hof aufgeben werden.
Minister Kiechle verwies darauf, daß auch in den übrigen EG-Staaten mit Ausnahme Portugals ein Flächenstellegungsprogramm bis zum 15. Juli angeboten werden müsse.

WERTVERLUST BEI ACKERBODEN

Ackerboden verliert rapide an Wert. Nach einer Statistik des Landesamtes für Datenverarbeitung in Düsseldorf sank 1987 der Durchschnittspreis je Hektar gegenüber dem Vorjahr um 11% auf 48.702 Mark. In den Jahren zuvor war der Grundstückspreis bereits um 8% (1986) und 6% (1985) gesunken. Der Untersuchung lagen 2.884 Verkäufe mit einer Gesamtfläche von zusammen 5.013 Hektar zugrunde (also alles Kleinbauern/-bäuerinnen, die aufgeben mußten!)

LANDARBEITER-INNEN-PROTEST IN PORTUGAL

Rund 2.500 LandarbeiterInnen aus der südportugiesischen "Kornkammer" Alentejo sind am Sonntag zu einem 180 Kilometer langen Marsch nach Lissabon aufgebrochen. Dort wollen sie gegen Pläne der Regierung protestieren, die landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetriebe in ihrer Heimat zu reprivatisieren.

BAUERNLEGEN AUCH IN JAPAN

Für die japanischen Bauern, die international die höchsten Preise für Dünger und Futtermittel zahlen müssen und in der Regel auf kleine Anbauflächen beschränkt sind, wird die Lebenssituation durch ein neues Abkommen zwischen Japan und den USA weiter erschwert. Die darin vereinbarte Öffnung des japanischen Marktes für billigere US-amerikanische Produkte wie Rindfleisch und Orangen hat für die japanischen Erzeuger schwerwiegende Folgen.
Die japanische Regierung akzeptierte in dem Abkommen die Forderung Washingtons, die bestehenden Einfuhrquoten über einen Zeitraum von drei Jahren, beginnend 1991, aufzuheben. Eine ähnliche Vereinbarung gibt es mit Australien.
Japanische Bauern und ihre Interessenverbände protestieren gegen diese Abkommen. Sie machen geltend, daß sie auf Grund der niedrigeren Produktivität ihrer Betriebe (Durchschnittsbetriebsgröße:1,2 Hektar, USA:180 Hektar) nicht in der Lage sind, mit den billigeren amerikanischen Einfuhren zu konkurrieren.

Bedeutung des Osthandels ist weiter geschrumpft

Bonn beschwört die Staatshandelsländer — Das „Schweizer Beispiel"

Der Anteil des Warenverkehrs mit den Staatshandelsländern am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik ist von 5 Prozent Anfang der 80er Jahre auf 4,5 Prozent im letzten Jahr gesunken. Diese Bilanz verband das Bundeswirtschaftsministerium in einer am Mittwoch veröffentlichten Übersicht mit der Erwartung, daß „der Osthandel der deutschen Unternehmen mittel- und langfristig weitere Entwicklungschancen bieten dürfte, sofern es den Staatshandelsländern gelingt, ihre Exportgüterstrukturen stärker an die Bedürfnisse des Weltmarktes anzupassen".

Anders können diese Länder nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums ihre Deviseneinnahmen nicht so verbessern, um „ihren Importbedarf decken zu können". Eine derartige Entwicklung setze überdies „größere Flexibilität der Wirtschaftsmechanismen und der Produktionsstrukturen voraus". Bei der derzeitigen Exportstruktur, mangelnder Flexibilität und unzureichender Wettbewerbsfähigkeit rechnet das Bundeswirtschaftsministerium derzeit nicht „mit einer kurzfristigen Dynamisierung im Osthandel". Bereits im letzten Jahr schrumpfte der Warenumsatz mit den Staatshandelsländern um knapp 10 Prozent auf 42,5 Mrd. DM. Dabei schrumpften die bundesdeutschen Exporte insgesamt um 11,2 Prozent auf 23 Mrd. DM und die Einfuhren aus den Staatshandelsländern um 8 Prozent auf 19,5 Mrd. DM — also auf das Niveau von 1981. Ausschlaggebend sei dafür der Handel mit der UdSSR gewesen, den wiederum die Entwicklung der Energie- und Rohstoffweltmarktpreise geprägt habe.

Allein der Warenverkehr mit der Schweiz übertraf mit einem Volumen von rund 50 Mrd. DM im letzten Jahr den deutschen Außenhandel mit sämtlichen Staatshandelsländern noch um fast 20 Prozent. Auch das Volumen des Handels mit Österreich übertraf den Warenverkehr mit sämtlichen Staatshandelsländern um 8 Prozent, unterstreicht das Bundeswirtschaftsministerium. Es räumt allerdings ein, daß die Bedeutung des Osthandels in einigen Branchen drastisch über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt. Beispielsweise wurden im letzten Jahr 51 Prozent aller Stahlrohre, 16 Prozent der Stahlbleche und 17 Prozent aller überhaupt exportierten Werkzeugmaschinen in Staatshandelsländer geliefert.

JUGOSLAWIEN VOR DER MASSENARBEITSLOSIGKEIT?

In Jugoslawien müssen nach den Worten des Gewerkschaftsfunktionärs Dusan Koseljevic rund 2 Millionen Arbeiter, knapp 1/3 aller Arbeiter, mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen. Koseljevic halte dies für den Fall für möglich, daß die Belgrader Führung an ihren Pländn für eine Umstrukturierung der Wirtschaft festhalten sollte. Der Gewerkschafter äußerte sich vor einer für die Vorbereitung der Wirtschaftsreform zuständigen staatlichen Kommission am 24. Juni. In Jugoslawien gibt es zur Zeit 6,6 Millionen Beschäftigte und 1.1 Millionen Arbeitslosen.

WENIGER LIEFERUNGEN AUS DER BRD IN DIE DDR

Im Warenverkehr zwischen der BRD und DDR sind die Lieferungen aus der BRD deutlich zurückgegangen, wogegen die Bezüge gestiegen sind. Nach den am 27. Juni veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes wurden im Mai aus der BRD Waren im Gesamtwert von 494 Millionen DM in die DDR geliefert. Das waren 48 Millionen DM oder 9% weniger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Aus der DDR wurden im Berichtsmonat Waren im Wert von insgesamt 565 Millionen DM bezogen. Der Gesamtwert der Bezüge war damit um 36 Millionen DM oder 7% höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Von Januar bis Mai 1988 betrug der Wert der Lieferungen in die DDR den Angaben zufolge 2,604 Milliarden DM, die Bezüge beliefen sich in diesem Zeitraum auf 2,735 Milliarden DM. Damit waren die Lieferungen um 11% niedriger und die Bezüge um 8% höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

DDR WÜNSCHT HANDELSABKOMMEN MIT EG

Die DDR hat nach Angaben einer EG-Beamtin Interesse an dem Abschluß eines Handelsabkommens mit der EG bekundet. Eine DDR-Delegation habe bei ihrem am 29. Juni beendeten Besuch in Brüssel erklärt, die DDR wolle seine Beziehungen zu den EG-Mitgliedern zusätzlich zu denen mit der BRD ausbauen. Die Delegation unter Leitung des Abteilungsleiters im DDR-Außenministerium, Werner Fleck, habe sich zu vorbereitenden Gesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur EG in Brüssel aufgehalten.

VERSCHULDUNGSSTRATEGIE 1:
KREDITKARTEN

PLASTIKGELD IM AUFWIND

In spätestens 2 Jahren sollen sich Inhaber europäischer Kreditkarten in den meisten Ländern Europas an Geldautomaten bedienen können.

Nach Angaben des Europäischen Rates für Kreditkartensysteme, in dem Banken und Geldinstitute der 12 Mitglieder der EG sowie der Schweiz, Österreichs, Norwegens, Schwedens und Finnlands zusammengeschlossen sind, gibt es gegenwärtig in diesen 17 Ländern zusammen rund 35.000 Geldautomaten. Die Franzosen sind bei weitem die eifrigsten Benutzer dieses Bank-Services: Allein in Frankreich gibt es bereits über 10.000 solcher automatischen Bankschalter.

dagegen stehen den Bundesbürgern, die von Kreditkarten - wie auch von Schecks - wesentlich weniger Gebrauch machen, bisher weniger als 3.000 Geldautomaten zur Verfügung. Gerade in der BRD erwarten Fachleute allerdings einen Kreditkarten-Boom, da die Zahl der Geldautomaten bis 1990 sich mindestens verdoppeln sollen.

VERSCHULDUNGSSTRATEGIE 2:
RATENKREDITKÄUFE

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) hat nach Überprüfung von mehr als 1oo.000 Ratenkreditvertägen Alarm geschlagen. Über 40% der Vertäge seien mit Zinsüberhöhungen von 85% und mehr als sittenwidrig anzusehen.
Auffällig sei gewesen, daß die Anteile zinsüberhöhter Kreditverträge nur in den Jahren der Hochzinsphase von 1980 bis 82 prozentual abnahm. Mit sinkendem Zinsniveau sei seit 1983 dagegen wieder ein Anstieg überteuerter Kredite zu verzeichnen gewesen.
Verbraucherzentralen hätten verschiedentlich versucht, mit Teilzahlungsbanken Verhandlungen über die Rückabwicklung sittenwidriger Verträge zu führen. Die Institute hätten sich jedoch zu keinem Zeitpunkt bereitgefunden, allgemein gültige Kriterien mit den Verbaucherzentralen auszuhandlen.
Dies ist nach Einschätzung der AgV dadurch begründet, daß die Banken darauf vertrauen könnten, daß sich viele Verbraucher durch Prozeßkostenrisiken und damit verbundene weitere Kostenbelastungen von der Durchsetzung ihrer Rechte abhalten ließen.

...UND DANN DER JUSTIZMINISTER:
SCHULDEN NICHT VERMINDERN SONDERN
WIEDER BEZAHLBAR MACHEN!

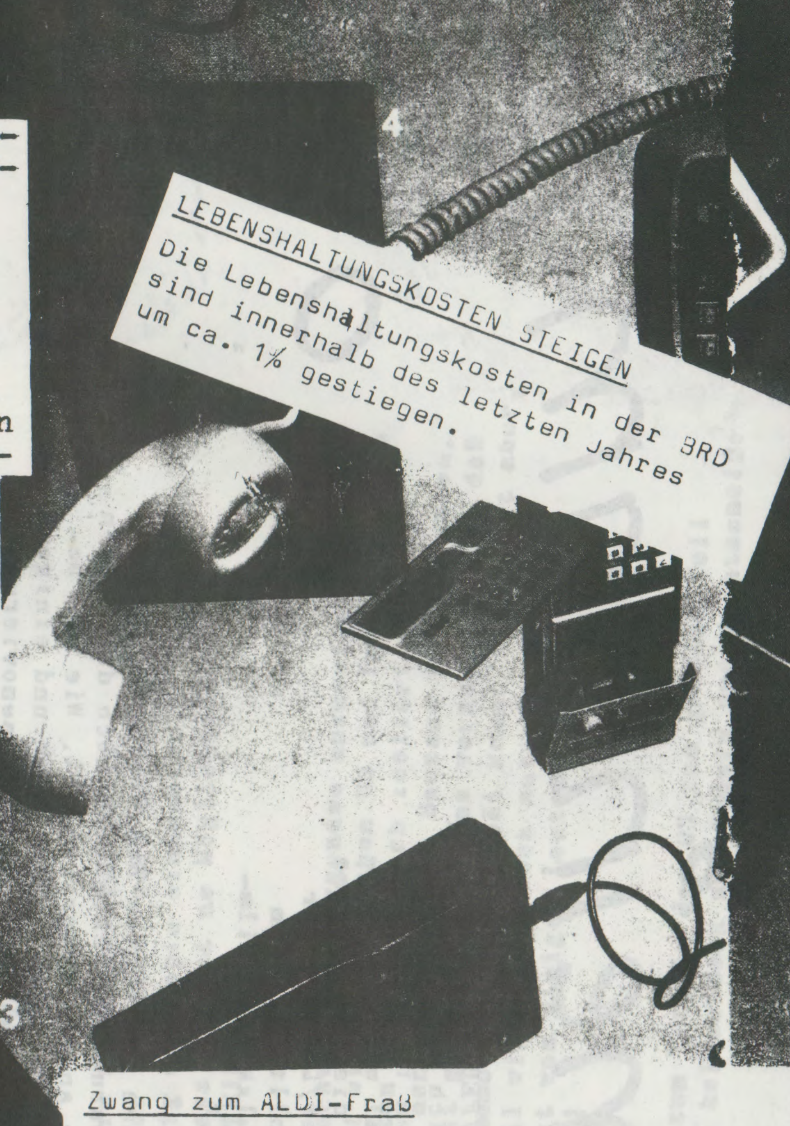
Justizminister Engelhard will der wachsenden Verschuldung von Bürgern in Notlagen mit einem Verbraucherkreditgesetz einen Riegel vorschieben. Das den EG-Normen angepaßte Gesetz soll eine verbesserte Information des Kreditnehmers und die Sicherung seiner Rechte gewährleisten.
Nach den Vorstellungen des Ministers solle es keinen Schuldenerlaß oder eine substantielle Kürzung der Rechte der Kreditgeber geben. Andererseits soll aber verhindert werden, daß an der Zahlungsunfähigkeit von Verbrauchern mit besonders hohen Zinsen verdient wird.

IRGENDJEMAND BEI UNS WIRD REICHER

Laut dem Bundesverband deutscher Banken (BVB) sind wir 4% reicher geworden - DURCHSCHNITTLICH! Das Geldvermögen stieg 1987 damit auf 2,4 Billionen Mark, d.h. jede von uns hat 40.000 DM beiseitegeschafft!

Hauptgeldanlage blieb nach Angaben des Verbandes das Sparbuch. Hier sammelten sich 700 Milliarden Mark, fast ein Drittel des gesamten Geldvermögens. Der Anteil der Aktien ging dagegen durch den starken Rückgang der Aktienkurse von 6,7% auf 4,9% oder 118 Milliarden DM zurück.

Immer beliebter werden Anlagen bei Versicherungen. Sie erreichten Ende des Vergangenen Jahres mit 496 Milliarden DM einen Anteil von gut 20% am Geldvermögen. Dagegen gingen die Geldanlagen in der Kreditwirtschaft zurück.



LEBENSHALTUNGSKOSTEN STEIGEN

Die Lebenshaltungskosten in der BRD sind innerhalb des letzten Jahres um ca. 1% gestiegen.

...VIELE IMMER ÄRMER: Sozialhilfe

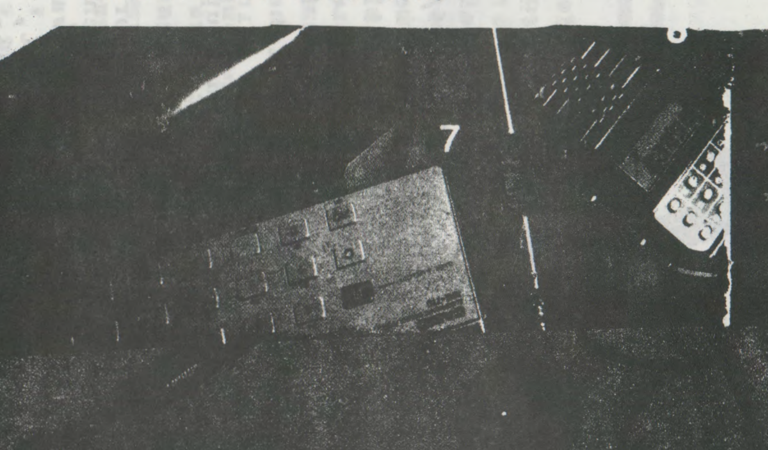
Erstmals hat 1987 die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in NRW die Millionengrenze überschritten. Das sind 3,4% mehr als 1986. Verglichen mit 1982 ist es eine Steigerung um mehr als dein Drittel, hat das Landesamt für Statistik errechnet.
Als Ursache vermuten die Statistiker, daß immer weniger Arbeitslose in der Lage seienm ihren Lebensunterhalt aus Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu bestreiten.

Zwang zum ALDI-Fraß

Der bundesdeutsche Discount-Handel macht nach einem Bericht der Nürnberger "g+i Forschungsgemeinschaft marketing" einen Gesamtumsatz von 30.Mrd.Mark im Jahr. Die Zahl der Niedrigpreis-Geschäfte mit mit etwa 6.000 angegeben. Dabei gehöre jeder dritte Laden zur ALDI-Kette. Der Jahresumsatz dieser Gruppe betrage allein 20 Mrd. Mark. Dem Bericht zufolge kaufen drei von vier Haushalten in der BRD mindestens einmal im Jahr bei ALDI ein.

SOZIALHILFEKOSTEN AUS BENZINSTEUER?

Nach Informationen der "Welt am Sonntag" will die Bundesregierung die Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrechts nach einem Ausgleich für die Sozialhilfekosten der Länder durch eine weitere Erhörung der Benzinsteuer finanzieren. Bisher sollte die Mineralölsteuer 1989 um 9 Pfennig und 1991 nochmal um 3 Pfennig erhöht werden, der Albrecht-Au schlag würde weitere ein bis zwei Pfennig ausmachen.



VEB - gemeinsam!

Wir finden es zum kotzen, daß die Diskussion ums VEB/FEB nur noch über Flugis und Sprüche lief/läuft! Niemand setzte sich ernsthaft damit auseinander was wirklich anstent- soll der Laden in der 03 nun nur Frauenladen oder soll er das werden was er mal war - irgendwann wieder werden sollte - ein Raum für alle Leute, die auf längere Dauer einen Platz suchen um ihre Ideen von politischer/kultureller Kommunikation zu verwirklichen sein. Unser Konzept sollte mit den Frauen, die drin waren - drin bleiben sollten über Volxküche, Film- und Frühstücksgruppe und Gruppen mit Vorstellungen e.c. laufen.

was vorher gelaufen ist, zwischen gemischter Nutzergruppe, dem auswechseln der Schlosser und warum zum Schluß nur noch die Frauen drin waren wird eh von jedem/er anders interpretiert. Wie uns bekannt, gab es zwischen den ursprünglichen Nutzerinnen und einigen Leuten der 03 die Vereinbarung, das nach gemeinsamer Renovierung - durch Stattbau-Kohle- der Laden weiterhin für ALLE nutzbar ist. Da diese Bauphase anstandund uns immer klarer wurde, daß es in dieser Satdt/ Kiez so gut wie keine nutzbaren Freiräume gibt bot sich unserer Meinung nach der Laden dafür an.
Der laden wurde von den Benutzerinnen nur teilweise benutzt (mindestens 4 freie Tage pro Woche). Wir glaubten, daß dieser Laden eine längerfristige Perspektive sein Könnte.
WIR WOLLTEN ZU KEINER ZEIT DIE FRAUEN AUS DEMLADENVERDRÄNGEN
Daswar für uns wichtigste Voraussetzung überhaupt irgend etwas anzufangen.

Eine konstruktive Diskussion über die spätere gemeinsame Nutzung MIT den Frauen war für uns nicht möglich. GRUND: Wir sind eine gemischte Gruppe, was heißt wir sind Frauen und Männer. Da die Frauen keinen Bock hatten mit Typen zu reden gingen 2 (3) Frauen als " Abgeordnete " (o zum F.E.B. Plenum um über die Zukunft eines V.E.B /F.E.B zu reden. Das Ganze lief dann auf ein Frage und Antwortspiel raus, wo wir von unseren Ideen und Vorstellungen erzählten - Ergebnis war, daß wir zum Schluss das Gefühl hatten, daß es unmöglich ist in diesem Laden irgendwas ZUSAMMEN zumachen. Nachdem uns erklärt wurde: " Dieser Laden bleibt in Frauenhand " auch wenn er nur 2 Tage die Woche genutzt wird " reagierten wir erstmal mit einem sturen - dann halt ohne EUCH ! Uns ging es absolut nicht in dem Kopf warum ein Raum mit genug Platz icht längerfristig von mehreren Gruppen genutzt werden kann.
Sind in letzter Zeit nicht genug Läden von uns den Bach hinuntergegangen?Haben wir wirklich Platz und Zeit Diskussionen um Besitzansprüche zuführen? Es lag nie in unserem Interesse einen 0.3 eigenen Laden aufzuziehen- liegt es immer noch nicht- soll auch nie passieren- warum auch ? Niemand von UNS hat das je Behaup

Was dann so gelaufen ist, von der für uns (jetzt) nachvollziehbaren, versuchten FEB - Besetzung und dem, wie es dann rüber gekommen ist bis zur völlig danebenen Gerüstteilaction und dem Flugi der 03 über Sprüche wie 03 Fascho - Haus IWF - Umstürzler und dem Nichtverhalten von uns dazu, sind Sachen auf die wir hier jetzt nicht eingehen wollen weil das sonst kein Flugi sondern ein Roman wird.
Uns nur fragen - wie weit sind wir gekommen, was haben wir aus den letzten Jahren eigentlich gelernt. Wozu setzen wir uns mit der Zerstörung unserer Lebenszusammenhänge auseinander - träumen von befreiten Gebieten, kämpfen gegen die Strategie der Schweine wie wir am besten platt zu machen sind - und sind nicht in der Lage miteinander zu reden.
Wer was anders sieht findet sich auf der anderen Seite der Barrikade wieder - ist Schwein.
Lasst uns weiter so machen - Die Repression wird härter - die Taktik der Schweine - zwar immer durchschaubarer - aber fruchtet, weil wir haben nichts dagegenzusetzen als uns gegenseitig die Kopfe einzuhauen.
Für uns macht sich das nicht an diesem Laden fest. Er ist ne Möglichkeit ein bißchen mehr Gegenkultur zu entwickeln. MITEINANDER!

Für uns ist es zur Zeit total schwer hier irgendwo anzusetzen, etwas klarer nach außen zu gehen weil wir uns zwischen 03 und Frauen und den Leuten, die sich bisher verhalten haben ziemlich isoliert fühlen.
Faktum ist, daß wir mal wieder nen neuen tollen Bauzaun im Kiez haben.
Uns ist klar, daß wie's bis jetzt gelaufen ist, uns vorzuerfen ist, daß der Zeitpunkt dieser Stellungnahme sehr, sehr spät kommt. Punkt ist aber, daß jetzt was passieren muß weil wir keinen Bock auf ein nettes 03 Frühstückscafe haben - was jetzt von einigen Leuten hier im Haus durchgedrückt werden soll !!!!!!

→ Ein paar Leute, die zum Teil in der 03 zum größten Teil wo anders wohnen und keinen Bock auf Komerz und Machtscheiße haben

ZUM VERMEINTLICHEN RUF AUS DER WÜSTE - - NICHTS GEMEINSAM !

Einige Leute aus der O-3 haben das Handwerk der Integration und Spaltung gut gelernt. Mit dem neuesten Flugblatt "VEB - gemeinsam!" erleben wir die gleiche Taktik und Rhetorik, die wir schon allzu gut aus der Reformerecke kennen.Das Flugblatt besteht wieder aus Rechtfert gungen, revolutionären Beteuerungen, angeblicher Vernunft. Wieder verweigern sich die O-3ler mit der männlichen, gewalttätigen, immer eins drauf Vorgehensweise auseinanderzusetzen, die nämlich von dem Haus ausgegangen ist. Diesmal kommen sie sogar mit dem plumpen Versuch an, sich Verbündete durch Raumangebote anzulocken.

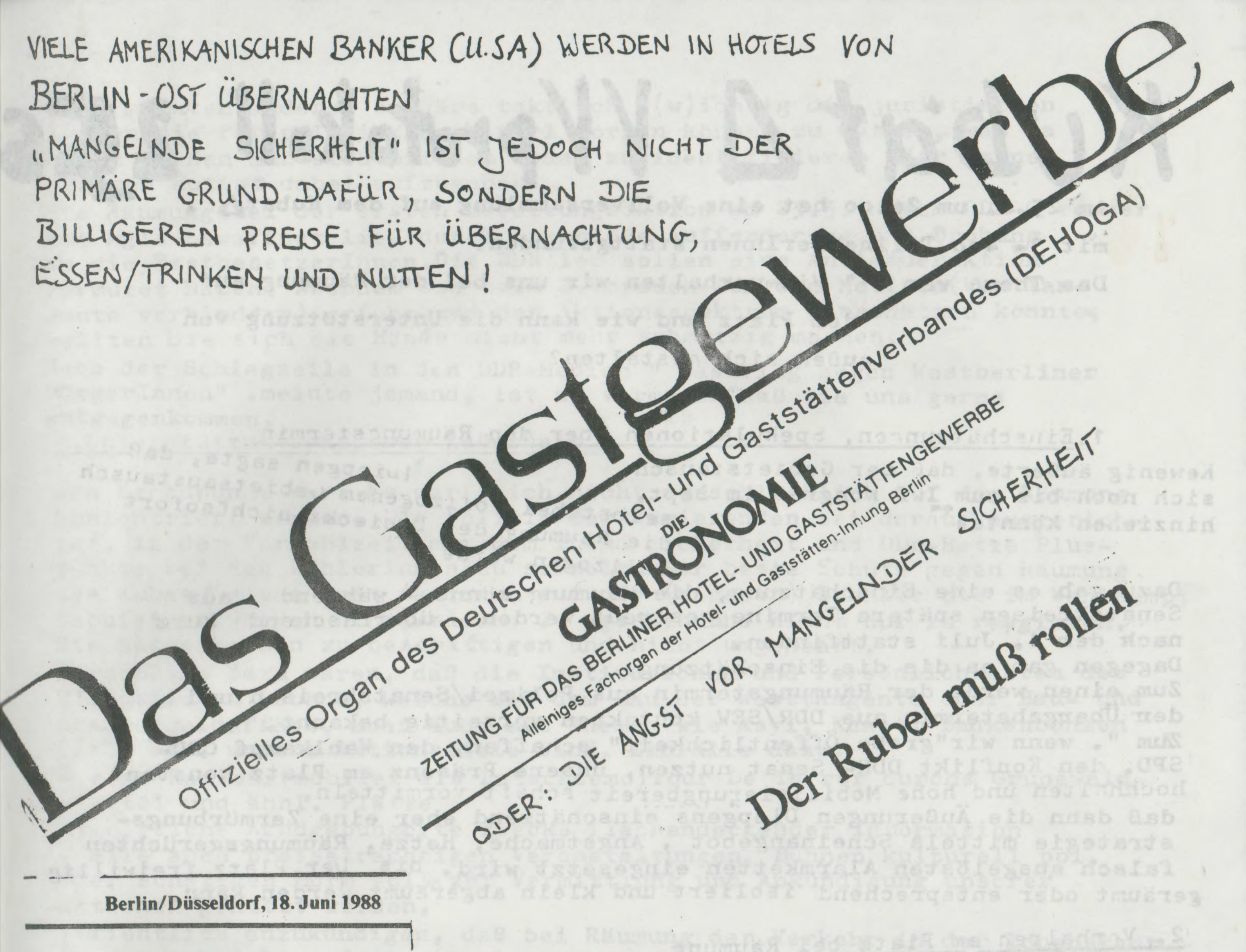
Nach der letzten Bestzung der FEB-Frauen haben die O-3 Leute gemerkt, daß mit Gewalt der Widerstand d r FEB-Frauen nicht zu brechen ist (bloß weil der Staat so einfach die Bewohner der O-3 einschüchtern konnte, bedeutet nicht, daß dies für alle gilt). Nun kommen neue Töne. Die O-3 ist besorgt um die Einheit der linken Szene, um fehlende Räumlichkeiten für "uns", die Zerstörung unserer Lebenszusammenhänge, unserer Träume von befreiten Gebieten, die Auswirkungen der Bullenstrategie, ect.... Die O-3 Leute sollen mit der "uns"-Scheiße aufhören und endlich ihre lächerlichen Transparente abhängen.

Wovon die O-3ler in ihrem Flugblatt ablenken, ist die Tatsache, daß die Auseinandersetzung nicht mehr nur ums FEB geht, sondern um das Verhalten der BewohnerInnen der O-3. Die Männer des Hauses haben sich in einer Art gegenüber den Frauen des FEB verhalten, die wir von den Schweinen kennen und nach unserer Ansicht keine linken Inhalte widerspiegeln: Sei es bei einer verbalen Auseinandersetzung einer FEB -Frau eins in die Fresse zu hauen; die Verammelung des FEB, weil die FEB-Frauen ein kritisches Flugblatt gegen die O-3 geschrieben haben; oder, die FEB-Frauen mit Eisenstangen vom Gerüst zu bewerfen, weil sie die FEB-Räume besetzen wollten. Es waren immer Männer, die die Eskalation der Gewalt vorantrieben. Es ist auch nicht unbemerkt geblieben, daß die Bullen-Reihe vor eurem Haus am 1.Mai (Hattet ihr die Schweine wieder bestellt ?) von männlichen Bewohnern und Freunden der O-3 ergänzt wurde. Die blöden Sprüche der Frauen aus dem ersten Stock war die Krönung eurer Gesprächsbereitschaft.

Im März gab es ein Flugblatt der Männer VV (die Frauen wollen eh nichts mehr mit euch zu tun haben). Lest es mal. In eurem Flugblatt seid ihr auf keinen einzigen Punkt eingegangen. Da drinnen stehen auch die Bedingungen für einen Dialog mit EUCH. Eine Auseinandersetzung mit dem, was ihr nicht ansprechen wollt, da es "ein Roman wird", ist Voraussetzung dafür. Wir verstehen den Kampf gegen das Patriarchat als Teil unseres Kampfes. Was ihr ans Licht bringt sind Paradebeispiele patriarchalischer Verhaltensweisen. Deswegen interessieren wir uns einen Scheißdreck für euer I enkonzept. Was die Bullenstrategie angeht,wart ihr am 1. Mai ganz richtig in einer Reihe mit den Bullen. In eurem Umgang mit den FEB-Frauen habt ihr euch nicht von den Bullen unterschieden. Eure Taktik eine Spaltung zu schaffen, indem ihr durch die zur Verfügungstellung d r FEB-Räume Verbündete zu gewinnen sucht, lehnen wir ab. Die Leute in der O-3 sollen von uns aus ihr "nettes O-3 Frühstückscafe" machen. Maxwell gabs auch.

Wenn es für euch "zur Zeit total schwer" ist, "hier irgendwo anzusetzen", dann solltet ihr bei euch selbst anfangen und aufhören uns mit eurem Geblubber vollzusülzen.

eine autonome Männergruppe



VIELE AMERIKANISCHEN BANKER (U.SA) WERDEN IN HOTELS VON BERLIN-OST ÜBERNACHTEN
„MANGELNDE SICHERHEIT" IST JEDOCH NICHT DER PRIMÄRE GRUND DAFÜR, SONDERN DIE BILLIGEREN PREISE FÜR ÜBERNACHTUNG, ESSEN/TRINKEN UND NUTTEN!

Das Gastgewerbe

Offizielles Organ des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA)

DIE GASTRONOMIE

ZEITUNG FÜR DAS BERLINER HOTEL- UND GASTSTÄTTENGEWERBE

Alleiniges Fachorgan der Hotel- und Gaststätten-Innung Berlin

ODER: DIE ANGST VOR MANGELNDER SICHERHEIT

Der Rubel muß rollen

Berlin/Düsseldorf, 18. Juni 1988

Lebhafte Diskussion der Fachsparte Großhotels zur IWF-Weltbank-Tagung

Innere Sicherheit großgeschrieben

Von Erwin H. Buchheister

Berlin — Die Fachsparte Großhotels in der Hotel- und Gaststätten-Innung Berlin hatte in Kooperation mit den Behörden, der Polizei und Feuerwehr in Berlin zu einer außerordentlichen Sitzung über die innere Sicherheit anläßlich der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin geladen.

An der Sitzung, die sehr stark besucht war und die vom Fachspartenleiter Großhotels, Hans Eilers, Direktor Hotel Savoy, eröffnet wurde, nahmen der Hauptgeschäftsführer der Innung, Hans Siemund, der die Sitzung moderierte, Geschäftsführer Horst F.W. Leyer sowie Peter Haupt und Wolf-Dieter Groß teil, die den Kongreß vorbereiteten.

Es wurde von den Vertretern der Sicherheitsorgane begrüßt, daß die Hotel- und Gaststätten-Innung und die ihr angeschlossenen Hotellerie ihre Unterstützung zugesagt haben.

Angesichts der auf Flugblättern und in Pressemeldungen von den Alternativen Gruppen angekündigten mehrfachen Demonstrationen und eventuellen Krawallen gegen die IWF-Weltbank-Tagung wurden bei dieser Sitzung allgemeine und besondere Sicherheitsvorkehrungen erörtert.

Das Thema „Mittel- und Südamerika — Dritte Welt und ihre Ausbeutung" ließe die Bestrebungen der Alternativen Gruppen erkennen, gegen dieses Reizthema das gesamte linke Lager zu vereinen. Erkennbar seien bisher folgende Veranstaltungen der Alternativen: ein Gegenkongreß; ein Tribunal und mehrere Demonstrationen; sowie Vorhaben, die Tagungen auf allen Ebenen zu stören.

Dies machten Gegenmaßnahmen der Sicherheitsorgane erforderlich mit konkreten Planungen, nicht nur für den Veranstaltungsbereich, sondern auch für die Hotellerie. Hier wurden Vorbeugungen und Beratungen der Sicherheitsbehörden angesprochen, besonders auch in bezug auf gefährdete Personen.

Es sei auch mit Verkehrsschwierigkeiten zu rechnen, da die Demonstrationen in bestimmten Bereichen nicht verhindert

(Fortsetzung auf Seite 3)

Innere Sicherheit

(Fortsetzung von Seite 1)

werden könnten. Schwerpunkt der Absperrungsmaßnahmen werde der Bereich ICC und AMK sein, vielleicht auch Stadtteile, wie Teile von Kreuzberg.

Für jedes Hotel sollten Sicherheitsbeauftragte Schwachstellen und Gefahren im Haus ermitteln und abstellen sowie einen regelmäßigen Streifendienst durchführen. Für Bombendrohungen, Brand- und Sprengstoffanschläge habe man einen Maßnahmen-Katalog erarbeitet. Dieser sei ernst zu nehmen, aber nicht überzubewerten.

Die Repräsentanten der Feuerwehr gaben einen sehr detaillierten Bericht über Anforderungen an den Brandschutz. Eine nochmalige brandschutzmäßige Begehung der Häuser bietet die Feuerwehr als Serviceleistungen an. In Zusammenarbeit mit der Innung will die Feuerwehr ein Merkblatt erstellen, daß sämtliche Hotels erhalten sollen.

Die IWF-Weltbank-Tagung findet in der Zeit vom 26. bis 28. September 1988 im Berliner ICC statt. Für diese Zeit sind nicht nur die Westberliner „Hotellerie" sondern auch die Ostberliner „Hotellerie", wie das Grand Hotel, das Palasthotel und das Monopol ausgebucht.

KuBat Δ VV protokoll 25.6

Am 25.6. um 20.00 hat eine Vollversammlung auf dem Kubat Δ, mit 3- 4oo TeilnehmerInnen stattgefunden.

Das Thema war : " Wie verhalten wir uns bei der Räumung auf dem Platz und wie kann die Unterstützung von außen sich gestalten?

1.Einschätzungen, Spekulationen über den Räumungstermin

Kewenig äußerte, daß der Gebietstausch sich noch bis zum Iwf kongreß im Sept. hinziehen könnte.

Diepgen sagte, daß selbst bei vollzogenem Gebietsaustausch nicht sofort die Räumung des Dreiecks vollzogen werde.

Dazu gab es eine Einschätzung, die Räumung könne - während aus Senatskreisen spätere Termine gestreut werden - überraschend kurz nach dem 1. Juli stattfinden.
Dagegen gab es die die Einschätzung:
Zum einen werde der Räumungstermin aus Polizei/Senatskreisen und der Übergabetermin aus DDR/SEW kontakten vorzeitig bekannt.
Zum ". wenn wir"große Öffentlichkeit" schaffen, den Wahlkampf CDU-SPD. den Konflikt DDR- Senat nutzen, unsere Präsenz am Platz konstant hochhalten und hohe Mobilisiegungbereit schaft vermitteln.
daß dann die Äußerungen Diepgens einschätzend eher eine Zermürbungs-strategie mittels Scheinangebot , Angstmache, Hetze, Räumungsgerüchten falsch ausgelösten Alarmketten eingesetzt wird, bis Der Platz freiwillig geräumt oder entsprechend isoliert und klein abgeräumt werden kann.

2. Verhalten am Platz bei Räumung

Allgemein wurde festgestellt das am Räumungstag den Platz militant verteidigen - niemand organisieren möchte. Sonstige Vorschläge:
- vorher untereinander klären daß nach 3-maliger Räumungsaufforder ung der Platz freiwillig verlassen wird.
- wir uns selbst einen Termin wegzugehen bestimmen
- es sei falsch freiwilliges Verlassen ohne sonst. Bedingungen zu signalisieren.
Erfüllung der Bedingungen sonst müssen sie räumen!
- wir nutzen den 3m breiten weg neben der Mauer(Unterbaugebiet) bei der Räumung um unsdem Zugriff der Westberliner B. zu entziehen weil er DDr Teritorium darstellt.
Wir fordern dazu Presse und Grepos auf die Polizei vor Gesetzesbruch und und Verletzung der UNO-Statuten abzuhalten etc.
Hier sagten einige "die Bullen scheißen auf "die Öffentlichkeit" und sie hätten keinen Bock auf den zu erwartenden Gas/Prügeleinsatz.
- Wir als Bürger Westberlins fliehen über den"Antifaschistischen Schutzwall" (Mauer) um uns vor dem Gaskrieg und zu erwartenden Prügelorgien der Westberliner Polizeitruppen mit ihrer steinewerfenden Sondertruppe(EBLT) in Sicherheit zu bringen. Wir fordern deshalb medizinische Versorgung , keine Auslieferung an die Westberliner Polizei die uns sonst erkennungsdienstlich behandelt und sonstige Rechte für Politische Flüchtlinge. Wir bauen uns dafür Leitern.
Sehen dieses Vorgehen als gefundenes Fressen für die Weltpresse.
Die Mauerfluchtaktion wurde euphorisch aufgenommen. Einige Ex-DDrler sagten sie gehen aus Angst vor erneuter Verhaftung nicht rüber.
Andere meinten sie wollen nicht auf Almosen eines Staates angewiesen sein.

Dazu meinten andere, es wäre taktisch r(w)ichtig die juristischen Lücken die für politischen Wirt-l sorgen können zu nutzen, was ja nicht heißen muß sich mit dem Staat zu identifizieren oder seine eigenen Motive dabei aufzugeben!
Die Räumung bei der ersten Besetzungsaktion am 25.5. durch DDR-Grenzer mit Mg's bewaffnet lief durch die bloße Aufforderung und Drohung an die ErstbesetzerInnen. Die DDR'ler sollen eine Antimaueraktion vermutet haben. Nachdem sie beim 2,Versuch von den Motiven(Westtangente verhindern) erfuhr und das Aktionsspektrum einschätzen konnten, wollten die sich die Hände nicht mehr schmutzig machen.
Nach der Schlagzeile in den DDR-Medien " Gaskrieg gegen Westberliner BürgerInnen" .meinte jemand, ist zu vermuten daß sie uns gerne entgegenkommen.

3. Unterstützungsaktionen außerhalb

ein Standpunkt war: Es darf sich nicht ausschließlich auf die Räumung konzentriert werden. Die Politik der Regierenden sei darauf ausgerichtet, in der Vorwahlzeit mit dem Thema Sicherheit und DDr-Hetze Pluspunkte bei den WählerInnen zu sammeln. Der beste Schutz gegen Räumung des Kubat∆s sei ,mit Aktionen auf die (eigenen) Inhalte die im Wahlkampf tabuisiert werden hinzuweisen. Zu agieren und nicht nur zu reagieren. Die herrschenden zu beschäftigen und nicht umgekehrt.
Vorschläge dazu waren, daß die Institutionen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, welche mit dem Bau der Westtangente oder Bau- und Schmiergeldaffäre, aber auch mit Themen wie Asyl, Knast, Bankenbonzen (IWF) etc. unsere Aktionsziele sind. Einfälle dazu:
- eine Radtour(mobiler als Latschdemo)Tour De Terror durchs Grunewaldviertel und ähnl. Plätze
- zahlreiche Kundgebungsorte zwecks flächendeckender Information
- alle auch presseträchtigen Veranstaltungen, Bühnen kulturell pol. oder sonstigen Form soll zur Vermittlung und Ankündigung unserer Aktionen genutzt werden.
- Öffentlich anzukündigen, daß bei Räumung der Verkehr in der Innenstadt zusammenbricht und die Ampelanlagen zum Streik aufgerufen sind
- die Kollektive auch im Hinblick z.B den IWF über Ihre Stammkundschaft Telefonketten erstellen um für Soliaktionen vor allem auch vor der Räumung zur Verfügung zu stehen

Andere Vorschläge waren ein Polizeiflugblatt zur Gewaltfrage am K.. für die Szene umzuschreiben.- Selbst ein Ultimatum für Forderungserfüllungen zu setzen. - Einen Volksentscheid über Verkehrsplanung anzugehen.

- den pol. Preis der räumung hochzuschrauben, indem alle gesellschaftlich relevanten Gruppen, hin bis zur Kirche anzusprechen, für den Erhalt des Biotops, keine Westtangente und Ersatzwohngebiet
- Prominente, WG's Hausgemeinschaften, sollen Kubatdorfferien machen
- viele Kubatdörfler in der Stadt/dezentrale Aktionen - einen neuen Tag B Versuch starten

- ein 3-monatiges Moratorium für Verhandlungen über den Forderungskatalog

Bei der nächsten VV sollen bereits Arbeitsgruppen für die angesprochenen Punkte eingerichtet werden und entsprechende bündnispartnerInnen dazu erscheinen. bitte Ans Info zelt Addressen für den verteiler!
Falls Räumung vor der VV droht kommt massenhaft auf den Platz

Am 25.6.WURDE DER KEWENIGZAUN ZUM GRÖßTEN TEIL DEMONTIERT UND AUF DEM DREIECK WEITERVERARBEITET! DIE PRESSE VERSCHWEIGT DIE AKTION! SIE BERICHTET NUR VON VERLETZTEN BEAMTEN


D3
D3
D3
WARNUNG